Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch die Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 160 — Dienstag, den 22. Juli 1919. — 46. Jahrg.

Parteitag der Deutschen demokratischen Partei.

Berlin, 19. Juli 1919.

Der erste Parteitag der Deutschen demokratischen Partei trat heute nachmittag 4 Uhr in Berlin im großen Saal der Philharmonie zusammen. Die Beteiligung war außerordentlich groß.

Minister Fischbeck eröffnete im Namen des bisherigen einstweiligen Vorstandes den Parteitag. Die neue demokratische Partei sei aus der Revolution geboren, habe sich sofort auf den Boden der neuen republikanischen Staatsform gestellt und alle Macht für das souveräne Volk gefordert. Der Wille des Volkes, des ganzen Volkes sollte entscheiden. An die Stelle der einen Klasse sollte nicht die einseitige Herrschaft einer anderen Klasse treten. Der Ruf zum Wiederaufbau des Vaterlandes, auf demokratischer Grundlage eine neue Partei zu bilden, fand im November ein tausendfaches Echo im Lande. Nach Revolutionsrecht wurde ein einstweiliger Vorstand und ein einstweiliger Geschäftsführender Ausschuß eingesetzt, der sofort die notwendigen Arbeiten tatkräftig in die Hand nehmen konnte. Wir drängten auf Wahlen zur Nationalversammlung, damit der Wille des gesamten Volkes sich kundtun und entscheiden solle. Im Reich und in den Einzelstaaten ist die Partei zu einer Stärke gelangt, die bestimmenden Einfluß auf die Besetzung der Regierung nehmen konnte. Äußere widrige Umstände haben es verhindert, daß der Parteitag früher abgehalten wurde. Der starke Besuch zeigt, daß die Behauptung unserer Gegner, die demokratische Partei verfalle, unwahr ist. Wir sehen hier manchen Kampfgenossen, dessen Heimat von unserem Vaterland losgerissen werden wird. Sie wollen hier für ihr Deutschtum zeugen. (Lebhafter Beifall.) Wir glauben an den Tag, an dem die Feinde das an uns begangene Unrecht einsehen und der Gerechtigkeit wieder eine Stätte bereiten werden. (Lebhafter Beifall.) Und nun Glück auf zur Arbeit. Namens des vorläufigen Vorstandes lege ich die Befugnisse, die wir bisher hatten, in Ihre Hände. (Lebhafter Beifall.)

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt die Herren: Dr. Marotzky, Abg. Jansen und Koch-Stadthagen.

Zum

Vorsitzenden des Parteitages

wurde Oberbürgermeister Koch-Kassel gewählt, zu Stellvertretern mit gleichen Rechten der Vizepräsident der Preußischen Landesversammlung Dr. Frentzel, das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Gertrud Bäumer, Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Gerland und Abg. Dr. Dietz-München. Zu Beisitzern wurden gewählt: Merten-Berlin, Pick aus dem Saargebiet, Abg Schmidt-Halle, Dr. Herrmann-Danzig und Abg. Herrmann-Reutlingen. Zu Schriftführern wurden gewählt: Geheimrat Dr. Schreiber und Dr. Isbberner.

Oberbürgermeister Koch

wies nach Übernahme des Vorsitzes auf die große Arbeit des Parteitages hin, der in drei langen Tagen, in einer Zeit hoch gehender politischer Strömungen der Partei Richtung, Programm und Satzung geben soll. Die Partei sei zum Aufbau der Zukunft unseres Vaterlandes in erster Reihe berufen. Diese Zukunft kann von Parteien gestaltet werden, die hypnotisiert auf die Vergangenheit starren (Sehr richtig!), nicht von Parteien, die unter dem Druck eines religiösen oder wirtschaftlichen Dogmas stehen und hiervon in ihren Entschließungen beherrscht werden, auch nicht von Parteien, die sich einseitig aus einer Klasse der Bevölkerung zusammensetzen, sondern von einer Partei, die ihre Wurzeln in allen Schichten hat, die auf der Grundlage demokratischer, nationaler und sozialer Gesinnung zusammenarbeiten. Uns trennen wohl Nüancen der Auffassungen, nichts Grundsätzliches. Unsere Partei kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie als große Partei zusammenhält und ohne Ablenkungsbedürfnis ihren Weg sich suchen kann. Eine kleine Partei ist einflußlos. Wer sich grollend von der Partei trennt, braucht Ansehung. Wir wollen Meinungsverschiedenheiten, die unter denkenden Menschen unausbleiblich sind, hier austragen, aber die große einheitliche Linie festhalten. (Beifall von links und Händeklatschen.)

Direktor Merten-Berlin begrüßte die Delegierten im Namen der Berliner Parteifreunde, die sich freuen, daß der erste Parteitag in den Mauern Berlins stattfindet. Die Verhandlungen mögen getragen sein vom Geist der Eintracht, vom Willen zur Macht und dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber unserm schwergeprüften Vaterlande. (Beifall.)

Geschäftsbericht der Parteileitung.

Abg. Nuschke erstattet darauf den Geschäftsbericht der Parteileitung. Er geht zunächst auf Zeit und Umstände der Gründung der neuen Partei ein, die Idee der Neugründung sei unmittelbar nach der Revolution von einer Anzahl jüngerer Kräfte in die Öffentlichkeit geworfen worden, gleichzeitig z. T. auch schon vor der Revolution hatten sich die parlamentarischen Vertretungen der liberalen Parteien zu Besprechungen zusammengefunden zu dem Zweck, eine einheitliche liberale Partei zu schaffen. Das Streben nach einer großen einflußreichen liberalen Partei machte sich in allen großen Städten bemerkbar. Am 16. November v. J. wurde der demokratische Aufruf veröffentlicht. Niemand durfte in der neuen Partei eine führende Stellung erhalten, der in den Fragen der inneren Reformen, besonders in der Frage des gleichen Wahlrechts nicht auf absolut zuverlässigem Boden gestanden, oder wer sich annexionistisch betätigt, oder für den ungehemmten U-Boot-Krieg eingetreten war. Die Verhandlungen nach Veröffentlichung des Aufrufs zogen sich längere Zeit hin. Die Fortschrittliche Volkspartei erklärte sich zum Beitritt bereit, die Nationalliberalen ebenfalls. Aber sie vollzogen unter Führung Stresemanns, der die Grundsätze des Aufrufs anerkannt hatte, (Hört! hört!) eine Schwenkung. Stresemann gründete aus persönlichen Motiven die Deutsche Volkspartei, doch die Aufrechten jener Partei kamen zu uns, ebenso die demokratische Vereinigung und die Jungliberalen. Es entstand eine völlig neue Partei, während die Deutsch-nationale Volkspartei nur die Fusionierung der Konservativen mit antisemitischen Gruppen ist. Was Fürst Tallejrand vom Russen sagte, man brauche nur ein wenig zu kratzen und der Tartar kommt zum Vorschein, gilt auch hier. Man braucht bei ihr den Kulturfirnis nur etwas zu ritzen und der alte konservative Sünder steht in seiner Blöße vor uns. (Beifall.) Die Deutsche Volkspartei ist nur die Nachfolgerin der schmerbäuchigen annexionistischen Nationalliberalen. Ihr Name ist anspruchsvoll, aber sie hat bei den Wahlen nur 4,4 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Der Redner ging dann auf die Wahlen und Wahlvorbereitungen ein. Die Wahlkreise durften selbständig ihre Kandidaten aufstellen, sie sollten nur ihre Vorschläge vorher mit der Parteileitung besprechen. Nach Ansicht des Referenten sollte dieses Selbstbestimmungsrecht der Wahlkreise auch fernerhin beibehalten werden. (Lebhafter Beifall.) Der Redner bedauerte, daß nicht alle Wahlkreise eine Listenverbindung mit den Reaktionären abgelehnt haben.

Die Arbeiten der Reichsgeschäftsstelle

waren außerordentlich schwer, sie wurden gehemmt durch die Verkehrsschwierigkeiten, die Unruhen in Berlin, die das Personal an geordneter Arbeit hinderten. Hunderttausende unserer Flugblätter wurden von den Spartakisten verbrannt. Im Reich wurden demokratische Kandidaten sogar von Links-Sozialisten verhaftet. Wir brauchten Flugblätter, Redner und Geld. Die Geldbeschaffung war oft schwierig. Die Partei muß durch die Organisationen finanziell so gestärkt werden, daß sie nicht in die Abhängigkeit wohlmeinender Kapitalisten oder gar Interessenten gerät. (Lebhafter Beifall.) Wir haben 30 Flugblätter allgemeinen Inhalts in einer Auflage von 10 670 000 und 33 Flugblätter an die Frauen in einer Auflage von 48 000 000 verbreitet. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielten wir 3 641 825 Stimmen und 74 Mandate. Dazu kam ein Hospitant.

Im Wahlkreis ist die demokratische Partei die stärkste bürgerliche Partei. Nur dadurch, daß in den Zentrumsstimmen auch die welfischen enthalten sind und die Partei Listenverbindungen einging, hat sie mehr Mandate. Die Zusammensetzung der Fraktion zeigt, daß wir in allen Schichten vertreten sind.

Der Hauptvorstand ist bei allen wichtigen grundsätzlichen Angelegenheiten zusammengetreten, am 7. Januar zur Besprechung der Wahltaktik, am 4. Februar zur Besprechung der Regierungsbildung, am 12. und 13. April zur Besprechung des Satzungsentwurfs und des Wahlmodus, am 11. Mai zur Besprechung der Unannehmbarkeit des Friedensvertrages und der Gegenvorschläge. Der Geschäftsführende Ausschuß hat bisher 28 Sitzungen abgehalten, im wesentlichen geschäftlicher, insbesondere finanzieller Natur. Die Partei besitzt jetzt 2042 Ortsgruppen und 73 Kreis- und 10 Bezirksverbände. Ihre Mitgliederzahl beträgt 787 946 Mitglieder. Es fehlen noch zum größten Teil die Angaben aus den besetzten Gebieten. Man darf mit rund

900 000 organisierten Mitgliedern rechnen.

(Bravo!), nein, das ist bei 5½ Millionen Wählern viel zu wenig. Die Mitgliederzahl muß verdoppelt und verdreifacht werden durch intensive Arbeit, durch Ausbau der Organisation, damit, um das Wort des Abg. Dr. v. Delbrück auf dem Parteitag der Deutschnationalen zu variieren, die Reaktion dauernd unter den Füßen der Freiheitsparteien bleibe. (Lebhafter Beifall.)

Wir bitten Sie nun um Identität. Dem konstituierenden Parteitag fasset es jetzt an, seine Spitze, seine Leitung zu wählen, wir haben Riesenaufgaben zu erfüllen. Keiner darf zurückbleiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Den Bericht der Fraktion der Nationalversammlung

erstattet Petersen-Hamburg. Er führt aus: Die Politik ist noch niemals so sehr die Politik des Möglichen und Nützlichen gewesen, wie in den ersten Monaten der Nationalversammlung. Der Krieg wurde in der Form der Waffenstillstandsbedingungen weiter geführt. Die Hungerblockade zerrüttete das Volk weiter, die Arbeit lag darnieder, Rohstoffe fehlten, die Arbeiter kamen aus dem Felde entwöhnt geordneter Arbeit und wollten teilhaben an den Kriegsgewinnen der Heimat, Streiklust grassierte. Die Nationalversammlung hatte zwar das höchste Recht, aber geringe Macht. Die Machtzentren der Revolutionäre und Kommunisten hinderten sie, eine unitarische Verfassung in großem Wurf zu schaffen. Von der deutschen Armee, die einer Welt Widerstand geleistet hatte, war auch nicht eine Kompagnie zurückgeblieben, auf die sich die Regierung verlassen konnte. Man war auf Kompromisse mit den Tatsachen, mit den Parteien angewiesen. Auf solchem Boden kann keine großzügige Politik getrieben werden.

Wir haben vielfach Kritik erfahren, besonders in drei Punkten: Notverfassung, Sozialisierungsgesetz, Maifeiertag. Zuerst, als wir die Notverfassung zustande bringen mußten, war ein Balancieren notwendig. Der Partikularismus war stark.

Ein Eisner z. B. hätte auf eine unitarische Verfassung gepfiffen, aber die Ideen unseres Parteifreundes Preuß nahmen jetzt wirkliche Gestalt an. Was das Sozialisierungsgesetz anlangt, so hat es Mühe gekostet, die Bestimmung hineinzubringen, daß das Eigentum nur gegen Entschädigung enteignet werden darf. Den 1. Mai als Feiertag hat niemand von uns bewilligt. Aber wir wollten vermeiden, daß dieser Feiertag gegen das Gesetz erzwungen wurde. Den Kritikern gegenüber bekenne ich, daß wir neuen Parlamentarier den erfahrenen alten Abgeordneten, die die Kunst der Menschen- und Parteibehandlung klug und weise übten, großen Dank schulden. (Lebhafter Beifall.)

Die Demokratische Partei hat den unitarischen Ausbau des Reiches gefordert, in emsiger Arbeit unter Führung von Haußmann. Die berechtigten Eigentümlichkeiten der Einzelstaaten haben wir allerdings beachtet. Unsere Verfassung wird die freiheitlichste der Welt sein. Für die fünfjährige Legislaturperiode war die Erwägung maßgebend, daß die neue demokratische Partei sich Führer im Parlament heranbilden müsse.

Der Redner wandte sich sodann den Gründen zu, aus denen die Partei den

Friedensvertrag nicht unterschrieben

konnte. Weil eben der Friedensvertrag unerfüllbar war und gegen Gerechtigkeit und Sittlichkeit ging, konnte es die Partei nicht vereinbaren, weiter im Kabinett zu bleiben. Die Fraktion hat eine authentische Erklärung über den Grund ihres

Austritts aus der Koalitionsregierung

abgegeben. Herr Schiffer hat nichts anderes getan. (Widerspruch.) Sie verwechseln Grund und Folgen des Austritts. (Sehr richtig.) Ich kann erklären, daß die Partei ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie will, um ein freies Deutschland herbeizuführen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Daran wird nichts geändert, wenn wir eine Zeit lang nicht in der Regierung zusammen arbeiten.

Wir wollen die

Sozialisierung!

(Zuruf: Taten!) Wenn es mit dem Reden nur immer ginge! Wenn es mit Schlagworten allein getan wäre! (Lebhafte Zustimmung!) Die Partei, die den Reichspräsidenten, den Ministerpräsidenten stellt, die die Mehrheit in der Regierung hat, läßt es in der Sozialisierungsfrage an Klarheit und Festigkeit fehlen. (Zustimmung.) Sie ist keine zuverlässige Führerin einer sozialen Wirtschaftspolitik. Sie kokettiert mit den Radikalen wir hören ein Stammeln nach Wahrheiten, das nur verdeckt wird durch die alten Schlagworte des längst zusammengebrochenen Erfurter Programms. Mit dem bloßen Wort: „Es muß sozialisiert werden", kann man wenig anfangen. (Sehr wahr!) Die Sozialdemokratie hat die Kriegswirtschaft, sie hat jetzt die Planwirtschaft des Herrn Wissell für Sozialismus erklärt. Sie schwankt hin und her. Ihr Verhalten in den Einzelländtagen und Kommunen gegenüber dem Parlissystem ist nicht Demokratie, ist das Gegenteil (Lebhafter Beifall), ist Klassenherrschaft des Proletariats. Wir haben nicht die demokratische Partei gegründet, damit wir aus der Klassenherrschaft der oberen in die der unteren verfallen! (Lebhafter Beifall.) Nach dem Ausscheiden aus der Regierung kann unsere Stellung klarer und entschiedener sein. Die Einwirkung auf die Koalitionsregierung verlieren wir nicht. Ohne die Unterstützung der Demokratie geht es auf die Dauer in Deutschland nicht. Es heißt, den geschichtlichen Moment klug und schweigsam abzuwarten, in dem man zu uns kommen wird mit der Frage, ob wir bereit sind, wieder in die Regierung einzutreten.

Dann werden wir die Verfassschätzung unserer Grundsätze verlangen. (Stürmischer Beifall.) Bei jeder wirklichen demokratischen Forderung, die Einwirkung auf die Koalitionsregierung verlieren wir nicht. Ohne die Unterstützung der Demokratie geht es auf die Dauer in Deutschland nicht. Es heißt, den geschichtlichen Moment klug und schweigsam abzuwarten, in dem man zu uns kommen wird mit der Frage, ob wir bereit sind, wieder in die Regierung einzutreten.

Dann werden wir die Verfassschätzung unserer Grundsätze verlangen. (Stürmischer Beifall.) Bei jeder wirklichen demokratischen Forderung, die Einwirkung auf die Koalitionsregierung verlieren wir nicht. Ohne die Unterstützung der Demokratie geht es auf die Dauer in Deutschland nicht. Es heißt, den geschichtlichen Moment klug und schweigsam abzuwarten, in dem man zu uns kommen wird mit der Frage, ob wir bereit sind, wieder in die Regierung einzutreten.

Die Mehrheitssozialdemokratie hält noch immer an ihrem Klassenstandpunkt fest, obwohl dieser in einem demokratischen Staate ein Ding der Unmöglichkeit und von unseliger Wirkung ist. Gegen die Unabhängigen und Kommunisten muß eine feste Grenze gezogen werden.

Die Sozialdemokraten sehen noch heute in jedem Unternehmer einen Schädling. Das ist nicht unser Standpunkt. Der Unternehmer ist zum mindesten ein gleichberechtigter Träger der Wirtschaftsordnung. Er ist kein Räuber des Kapitalismus, sondern der Verwalter des Lebenselements, unserer Wirtschaft. Natürlich sind nicht alle Kapitalisten Engel und wir verdammen aufs schärfste alle Kriegsgewinner. Die Voraussetzung für jede Sozialpolitik ist ein ertragreiches Wirtschaften. Ohne Erträge ist eine Durchführung der Sozialpolitik unmöglich. In diesen fünf Jahren haben wir gelernt, daß der Trieb der Selbsterhaltung, der Egoismus, der stärkste ist. Das Interesse der Wirtschaftsträger erhält und treibt die Wirtschaft vorwärts. Alles was die Gesundheit dieser Wirtschaft untergraben will, müssen wir bekämpfen, so auch die Planwirtschaft des Herrn Wissell — das sozialem Gewissen, weil wir die Arbeiterschaft und Angestellten besser in die Wirtschaft hineinstellen wollen, als bisher.

Das Erfurter Programm ist zusammengebrochen. Arbeiter und Angestellte sind nicht verelendet. Sie sind in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gut vorausgekommen. Es ist auch nicht wahr, daß der Mittelstand ausgerieben wird. Er ist eine Hauptsäule der Wirtschaft und des ganzen Staates.

Den unabhängigen Mittelstand dürfen wir niemals untergehen lassen. (Beifall.)

Neueste Nachrichten.

Der Generalstreik in Berlin.

Berlin, 21. Juli. Zu den heutigen Demonstrationen der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß sowohl die große Berliner, wie die Siemens-Bahn und die städtischen Straßenbahnen von früh ab die Arbeit einstellten. Die Hoch- und Untergrundbahn werden sich dem Streik anschließen. Das kaufmännische Personal beteiligt sich nicht an dem Streik. Bei dem Fahrpersonal der Omnibusgesellschaft hat die bessere Einsicht gesiegt, der Verkehr auf den Omnibuslinien wird in gewohntem Maße durchgeführt. Der Stadtbahn-, Ringbahn- und Vorortbahnverkehr erleidet keine Störung, da die überwiegende Mehrzahl der Eisenbahner dem Gedanken an einen neuen Streik ablehnend gegenüber steht. Ebenso wird der Fernverkehr bei der Eisenbahn voll aufrecht erhalten. Die Arbeiter sogenannter lebenswichtiger Betriebe haben sich ebenfalls zur Streikparole bekannt. In den Elektrizitätswerken ruht der Betrieb vollständig. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke streiken ebenfalls. Die städtischen Wasserwerke hofft man mit Hilfe Arbeitswilliger in Betrieb zu halten. Wie sich die Arbeitslage in den Privatbetrieben gestalten wird, bleibt noch abzuwarten.

Kein Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 21. Juli Hier hat sich die Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gegen den Generalstreik am heutigen Tage ausgesprochen. Es wird daher in allen Betrieben gearbeitet. Auch der Straßenbahnverkehr ist völlig aufrechterhalten.

Frankreichs Ansprüche für den Wiederaufbau.

Genf, 21. Juli. (T. K.) Nach Meldungen aus Paris beansprucht Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs insgesamt 400 000 deutsche Arbeiter. Des weiteren verlangt Frankreich von Deutschland die Lieferung eines erheblichen Teiles der erforderlichen Baumaterialien, u. a. 5000 Quadratmeter Fensterglas.

Aus New York wird berichtet, daß die Vereinigten Staaten auf ihren Anteil des Schadenersatzes für die versenkten amerikanischen Handelsschiffe, der auf 1½ Milliarden veranschlagt worden ist, verzichten, dafür aber die in amerikanischen Häfen liegenden früheren deutschen Schiffe [illegible]

70 Wagenladungen Speck verschoben.

Amsterdam, 21. Juli. (T. K.) Die von den amerikanischen Militärbehörden in Koblenz eingeleitete Untersuchung über die gestohlenen Heeresbestände hat ergeben, daß in den letzten Monaten allein 70 Wagenladungen Speck in das unbesetzte Deutschland verschoben worden sind. Dieser Speck war an die französische Regierung verkauft worden und für die französische Bevölkerung bestimmt. Als der Speck geliefert werden sollte, stellte sich heraus, daß die Vorräte nicht mehr vorhanden waren.

Der Friedensvertrag für Oesterreich überreicht.

Paris, 21. Juli. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, überreichte dem österreichischen Staatskanzler Renner den vollständigen Text des Friedensvertrages für Österreich mit einem Brief des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, in welchem den Österreichern zum Tage zur Einbringung von Gegenvorschlägen gewährt werden. — Aus St. Germain wird hierzu noch gemeldet: Dem am Sonntag den Österreichern überreichten Friedensvertrage lag ein Memorandum bei, des die geänderten und neu hinzu gekommenen Bestimmungen des Vertrages nach Nummern aufzählt und darauf aufmerksam macht, daß die vorgenommenen Änderungen zum Teil auf sinngemäßer Anwendung der Deutschland zugestandenen Modifikationen beruhen, zum Teil den Einwendungen der österreichischen Delegation Rechnung tragen. Eine zweite Beilage fordert Österreich auf zu der Verpflichtung, Einfuhr, Ausfuhr und Transitpolitik aller Waren zwischen Österreich und Ungarn zu verhindern, bis der Friedensvertrag zwischen Ungarn und den verbündeten Regierungen abgeschlossen sein wird. Nach den Grenzbestimmungen des heutigen Vertrages wird Südtirol bis zum Brenner italienisch werden. Deutsch-Westungarn wird zum größten Teile Österreich zugesprochen. Gegen die Tschecho-Slowakei verläßt die österreichische Grenze nicht am rechten March-Ufer, sondern mitten in diesem Flusse, so daß Deutsch-Österreich die Schiffahrt auf demselben ermöglicht wird.

Die Verteilung der Entschädigungssumme.

Lugano, 21. Juli. (T. K.) Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der Turiner „Stampa" telegraphiert seinem Blatt, daß von der Entschädigungssumme, die die Mittelmächte an die Alliierten zu entrichten haben, [illegible] 12 Prozent erhalten [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0001

Das kapitalistische Wirtschaftssystem wollen wir sozialistisch ausgestalten. (Lebhafte Zustimmung.) Die soziale Gesetzgebung ist der Schutz der Schwachen. Dieser Schutz muß in gesteigertem Maße durchgeführt werden. Aber wir wollen sie nicht nur schützen, sondern sie auch als Mitträger der Wirtschaft anerkennen. Durch Ausschüsse der Arbeiter und Angestellten müssen sie mitherangezogen werden als Subjekte, nicht allein als Objekte der Gesetzgebung. Hauptsache aber muß der Betrieb selbst bleiben, sein Erfolg darf nicht untergraben werden.

Wir hoffen und wollen darauf hinarbeiten, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen. Wir dürfen uns nicht auf die materiell gerichteten Organisationen der Arbeiter verlassen, die weder den Krieg verhinderten, noch diesen Friedensschluß. Aus dem internationalen Streik am 21. Juli wird wahrscheinlich auch nichts werden. Wir Demokraten wollen alle Menschen der Welt, die guten Willens sind, der Gerechtigkeit und der wahren Demokratie zu dienen, zusammenführen gegen das Unrecht, das dem deutschen Volke auferlegt worden ist. Wir appellieren an alle Gerechten in der Welt! (Stürm. Beifall.) Über den

Satzungsentwurf

berichtete der Leiter der Reichsgeschäftsstelle, Geheimrat Professor Dr. Schreiber. Er hob die am meisten umstrittenen Punkte hervor: Die Anerkennung der nicht örtlichen Organisationen, die Zusammensetzung der obersten Parteiinstanzen, des Parteitages, des Hauptvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses, sowie die Form der Wahl des Hauptvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses durch den Parteitag direkt oder mittelbar durch die Wahlkreise, die Zusammenstellung der Kandidaten bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen, wobei in Betracht kommt, wie weit der Parteileitung ein Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten eingeräumt werden soll. Auf Vorschlag des Referenten wird eine Kommission gewählt, die dem Parteitag am Montag Bericht erstatten soll über die Behandlung der Anträge zum Satzungsentwurf.

Ebenso wird eine Kommission eingesetzt, die bis Montag dem Parteitag Vorschläge über die Behandlung der zahlreichen Anträge zum Programmentwurf machen soll.

„In der Stunde des erzwungenen Abschiedes von unserem Vaterlande" haben die Deutschen in Memel dem Parteitag telegraphisch das Gelöbnis gesandt, das Deutschtum zu bewahren: „Im Herzen bleiben wir immer Deutsche." Der Parteitag dankte den Deutschen in Memel mit der Versicherung: Deutsche Schwestern und Brüder, wir werden Euch nicht vergessen, es wird nicht gelingen, Herzen von Herzen zu trennen.

Zum Schluß verkündete der Vorsitzende, daß der Parteitag am Sonntag von 10—1 Uhr und von 4—7 Uhr und am Montag und Dienstag von 9—1 Uhr und 4—7 Uhr verhandeln wird.

Am Sonntag

wurde der Parteitag mit der Aussprache über die Ziele und Aufgaben der Partei fortgesetzt. Aus allen Referaten ging die geschlossene Ablehnung des Schmachfriedens hervor. In der inneren Politik waren über das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten verschiedene Ansichten vertreten; es wurde schließlich

eine gewisse Zurückhaltung

empfohlen. Einig waren alle Redner in der Ansicht, daß der Austritt der Partei aus der Regierung als logische Konsequenz notwendig gewesen sei und für die Zukunft der Partei zu keinen Befürchtungen Anlaß gäbe. Für die künftige Politik wurde das Eintreten für gerechte und gleiche Steuerpolitik, für die Vermögensabgabe und die Vereinheitlichung des Finanzwesens als Richtschnur angenommen.

Als erster Redner legte Graf Bernstorff die

künftigen Aufgaben der Demokratie in der ausländischen Politik

dar. Wer sich als Deutscher mit auswärtiger Politik befaßt, so bemerkte er, muß sich mit großer Resignation wappnen. Der Friede muß den Bedingungen gemäß erfüllt werden. Wir wollen ihn als gegeben betrachten, doch immer auf seine Revision dringen. Der Völkerbund sieht zurzeit einer Alliance gegen Deutschland sehr ähnlich. Erst wenn Deutschland und Österreich eintreten, wird sein Zweck erfüllt sein: eine Vereinigung der Völker und aller Gebiete darzustellen. Der Völkerbund steht dem

nationalen Gedanken

nicht feindlich gegenüber, da die Selbstbestimmung der Völker zu seinen Grundsätzen gehört. Die nächste Aufgabe der äußeren Politik muß sein, den Eintritt in den Völkerbund zu betreiben. Allerdings müssen wir von der Illusion Abstand nehmen, daß wir vorher eine Revision des Friedensvertrages erzielen. Ferner muß Deutschland in sozialen Fragen allen Nationen vorangehen und Beziehungen mit den auswärtigen Ländern anknüpfen, zunächst mit den neutralen, sodann auch mit Amerika, England und Frankreich, sowie schließlich mit Rußland und Ungarn. Bei den beiden letzteren müssen wir aber verlangen, daß sie sich nicht in unsere inneren Fragen einmischen. Die Vereinigten Staaten sind das Land, in dem der Völkerbundgedanke am stärksten vertreten ist. Das zu bedenken, ist für unsere Politik vorteilhaft. Auch die Anknüpfung der Beziehungen mit Japan und China ist sehr wünschenswert; jedoch müssen wir uns von der Spekulation auf einen Krieg zwischen Japan und Amerika fernhalten.

Als nächster Redner warf Professor Gerland=Jena die Frage auf, ob der Austritt der Partei aus der Regierung richtig war. Wenn die Partei das Unannehmbar ausgesprochen hatte, so konnte ihr nicht zugemutet werden, den Umfall, wie es bei anderen Parteien geschehen ist, mitzumachen. Die Partei darf sich nicht aufdrängen, sondern muß warten, bis man sie zum Wiedereintritt in die Regierung auffordert. Vor dem Wiedereintritt müssen aber ihre Forderungen erfüllt werden. Träten wir ohne Revision in den Völkerbund ein, so perfektionieren wir damit noch einmal den Frieden. Wir müßten nationale Politik treiben und darauf sehen, daß wir ein sein Geschick selbst bestimmendes Volk bleiben, daß ferner alle Völker, die zu uns kommen wollen, auch aufgenommen werden. Die Demokraten müßten sich aber von nationalistischer Revanchepolitik fernhalten, durch die der Krieg verloren gegangen sei. Desgleichen müßten sie ihre Front gegen rechts nehmen.

Bankdirektor Schacht betonte, daß die großen Besitzunterschiede durch den Krieg sich noch vermehrt haben. Die Frage der Annäherung des großen und kleinen Besitzes ist nicht in spartakistischer Weise zu lösen, sondern durch eine gerechte Steuerpolitik. Die besitzenden Kreise widersetzten sich der Steuervorlage nicht; sie erklärten nur, daß die Wirtschaft Deutschlands nicht totgeschlagen werden dürfe.

Mit großem Beifall wurde sodann Friedrich Naumann begrüßt. Er erörterte die Folgen des Friedsschlusses. Wenn wir einige Monate weiter sein werden, beginnt erst die Frage der

Verantwortlichkeit der Unterzeichnung.

Wenn die Auslieferungsverhandlungen kommen, wenn der Handel sich nicht wieder aufrichten kann, dann werden Arbeiter und Unternehmer im Friedensvertrage nachblättern und nach den Unterzeichnern fragen. Es muß deshalb Leute geben, die mit der Unterschrift nicht belastet sind. Diesen Ruhm habe die Partei den Rechtsparteien nicht überlassen dürfen. Das Schulkompromiß hätte die Partei auch nicht verhindern können. Auch wäre es sehr zweifelhaft, ob die Partei in einem Ministerium Erzberger ihre Tendenzen hätte durchsetzen können.

Zu Beginn der

Nachmittagssitzung

wurden zunächst einige Anträge bekanntgegeben, u. a. ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Tätigkeit Erzbergers in der Friedensfrage, ferner ein Antrag auf Ausschreibung der Neuwahlen im Oktober und ein weiterer Antrag, wonach der Parteitag die dreijährige Legislaturperiode auf sein Programm setzen soll. Der Nachmittag war im übrigen der Diskussion über die behandelten parteipolitischen Punkte gewidmet. Zunächst nahm der Abg. Schiffer Gelegenheit, seine in Zweifel gezogene Stellung zur Sozialdemokratie in das rechte Licht zu rücken. Er bemerkte, daß an einen Abmarsch nach rechts niemand denke, auch nicht daran, die Sozialdemokratie im Stich zu lassen. An einen Block der Bürgerlichen habe er nie gedacht. Aber trotzdem müsse der

Strich zwischen der Partei und der Linken

gezogen werden; sonst bestehe Gefahr, daß sich die Grenzen verwischen und die Selbständigkeit der Partei und ihre Freiheit verloren gehe. In der weiteren Debatte behandelte der Abg. Gothein die Frage der Schuld am Friedensschlusse. Wenn der Tag, an dem das Unannehmbar in der Aula der Berliner Universität ausgesprochen wurde, kein großer geworden ist, so ist das einerseits die Schuld der Unabhängigen, die mit dem Generalstreik drohten, andererseits die unserer Delegierten in Frankreich durch unvorsichtige Äußerungen ausländischen Journalisten gegenüber, letzten Endes trifft auch Erzberger schwere Schuld, daß er sich ebenfalls fremden Journalisten gegenüber dahin ausgesprochen habe, daß man sich fügen müsse. Unter diesen Umständen konnte die Partei nicht in einer Regierung bleiben, in der der Geist Erzbergers herrschte. Wir protestieren gegen den Frieden, sowie gegen die Irredenta der Gewalt und müssen das Rechtsgefühl aller Nationen gegen das Deutschland zugefügte Unrecht wachrufen.

Als erste Rednerin trat Frau Dr. Bäumer in die Debatte ein und brach eine Lanze für die Erhaltung der Unternehmerinitiative. Gegenüber den von einigen Rednern vertretenen Aufteilungsbestrebungen Preußens setzte sich Abg. Fischbeck für die Erhaltung Preußens ein. In der weiteren Debatte, die sich stundenlang hinzog, ohne im wesentlichen neue Gesichtspunkte zu bringen, machte sich teilweise eine Opposition geltend. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der der Fraktion für die Haltung in der Nationalversammlung Zustimmung und Dank ausgesprochen und ferner Protest erhoben wird gegen die unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes.

Die Ausführung des Friedensvertrages

Die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen hat noch nicht begonnen.

Die schmerzlichste Mitteilung in den vorausgegangenen aus amtlicher Quelle stammenden Ausführungen ist die Erklärung, daß die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen, die im unbesetzten Reichsgebiet zuhause sind, überhaupt noch nicht begonnen hat. Gegenwärtig sind Verhandlungen über die Rückbeförderung eines Teiles der noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen durch die Schweiz im Gange. Die deutschen Vertreter sprechen, wie aus Bern berichtet wird, von 100—200 000 Mann, deren Transport etwa zwei Monate in Anspruch nehmen würde.

Als neuer Termin für die Rückkehr aller in der Schweiz internierten deutschen Gefangenen ist festgesetzt, daß die Transporte in Stärke von 500 Köpfen mit dem 29. Juli beginnen sollen und daß alle drei Tage ein solcher Transport folgt. Für den 21. und 26. Juli ist das Eintreffen je eines Transportes Schwerverwundeter aus Frankreich gemeldet.

Die Entsendung deutscher Arbeiter für Nordfrankreich.

Die französische Presse wirft wiederum die Frage der Entsendung deutscher Zivilarbeiter auf, die in die zerstörten Gebiete kommen sollen, um die Arbeiten der deutschen Kriegsgefangenen fortzusetzen und bemerkt dazu, Berlin lasse sich offenbar recht viel Zeit hiermit; infolgedessen müsse Frankreich die Rücksendung der Kriegsgefangenen verlangsamen und darauf bestehen, daß Deutschland die in dem Vertrage übernommene Verpflichtung erfüllt.

Diese Ausführungen beruhen offenbar, wie uns von berufener Seite mitgeteilt wird, auf einem Mißverständnis, denn die französische Regierung hat erst am Freitag den 11. Juli, bei Beginn der Ausführungsverhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs, Deutschlands Vorschläge über die Modalitäten der Zusammensetzung und Unterbringung dieser Arbeiter erbeten. Von einer Verzögerung kann bei der kurzen, seit Freitag verstrichenen Frist keine Rede sein. Ebensowenig kann man von einer Verlangsamung des Abtransports der deutschen Kriegsgefangenen sprechen, da dieser leider überhaupt noch nicht begonnen hat. Zudem ist von dem Vorsitzenden der interalliierten Wiedergutmachungskommission ausdrücklich erklärt worden, daß der Rücktransport der Kriegsgefangenen nicht von der Gestellung der Arbeiter abhängig gemacht würde; man lege jedoch größtes Gewicht auf schleunige Organisation dieser Arbeiter=Transporte.

Seitens der deutschen Regierung, die ja stets betont hat, daß sie diese schon 1918 übernommene Verpflichtung loyal ausführen wird, sind sofort, an der Hand der von den Alliierten angegebenen Richtlinien, die nötigen Vorarbeiten in umfassender Weise in die Wege geleitet worden, um die Entsendung deutscher freier Arbeiter möglichst zu beschleunigen. Im engsten Einvernehmen mit Arbeitnehmer= und Arbeitgeber=Verbänden wird von den zuständigen Ressorts ein Vorschlag ausgearbeitet, der den deutschen Arbeitern, die zur Erfüllung dieser nationalen Pflicht nach Nordfrankreich gehen wollen, angemessene Unterbringung, günstige Arbeitsbedingungen und genügenden Schutz ihrer persönlichen Sicherheit in jeder Weise gewährleistet. Die deutsche Regierung hofft, daß es gelingen wird, genügend Arbeiter hierfür zu finden; nach bisherigen Berechnungen dürften etwa 150 000 Mann in Frage kommen.

Schnellzugsverkehr nach dem besetzten Gebiete.

Am Montag wird der direkte Schnellzugsverkehr von Frankfurt (Main) nach Köln und Saarbrücken wieder aufgenommen.

Deutschland soll 200 Milliarden zahlen.

In der Sonnabend=Sitzung des Friedensausschusses der französischen Kammer berichtete Dubois über die Wiedergutmachungsklauseln des Friedensvertrages mit Deutschland. Er berechnet die Schadensumme, die Deutschland zu zahlen haben werde, auf 200 Milliarden, die sich zusammensetzt aus 119 Milliarden für materielle Schäden, in denen 23 Milliarden für entgangenen Gewinn durch Stillegung der Industrie einbegriffen sind. Die Summe der kapitalisierten Militärpersonen beziffert er auf 43 Milliarden 150 Millionen, für Entschädigung an Hinterbliebene 2 Millarden 519 Millionen, für Entschädigung an Witwen und Verwundete rechnet er 6 Milliarden, für Militärunterstützungen nach dem Gesetz vom 5. August 1916 13 Milliarden 275 Millionen und schließlich für Zuwenndungen an Kriegsgefangene 150 Millionen Franken. Dabei seien die Kriegskosten nicht eingerechnet, die Belgien allein mit 5 Millarden 286 Millionen zurückzuerstatten sind. Davon entfallen auf Frankreich 1 Milliarde 993 Millionen, auf England die gleiche Summe und auf Amerika 1 Milliarde 300 Millionen. Der Berichterstatter wird am Dienstag seinen Bericht fortsetzen.

„Daily Mail" meldet, daß für die

deutschen Luftangriffe auf London

insgesamt 4½ Milliarden Schilling Schadenersatz von Deutschland gefordert werde.

Am Montag wird das englische Unterhaus die Besprechung über den Friedensvertrag und den französisch=amerikanischen Bündnisvertrag beginnen. Der unabhängige Liberale Maclan wird die Diskussion eröffnen. „Daily Chronicle" teilt mit, daß vor den Sommerferien, d. h. von Mitte August bis Mitte Oktober, keine Änderung im Kabinett zu erwarten sei.

Der Militarismus bleibt in Frankreich und in England erhalten.

„Daily Mail" schreibt, daß England und Frankreich ihre Armeen auf ein Drittel der Kriegsstärke herabsetzen werden. Eine Beseitigung der stehenden Heere sei für beide Länder zurzeit unmöglich. Die englische Friedensstärke würde das achtfache der Heeresstärke von 1914 betragen.

Nach einer Meldung des „Telegraaf" aus Paris legt man in den Wandelgängen der Kammer die Miteilung Clemenceaus über den Militärdienst so aus, daß die Dienstjahre auf ein Jahr reduziert werden sollen.

*

Das Verfahren gegen den Kaiser.

Der Korrespondent des Amsterdamer „Allgemeen Handelsblad" in Amerongen erfährt, daß der frühere deutsche Kaiser zwar sehr nervös sei, daß aber von einer ernsten Nervenerkrankung nicht die Rede sein könne. Nach dem Londoner Berichterstatter des „Secolo" hat sich der Kaiser von Japan gegen jede Verfolgung des deutschen Kaisers ausgesprochen.

Wie die Pariser Ausgabe des „Daily Mail" wissen will, hat die Kommission für die Verantwortlichkeit beschlossen, das Verlangen Bethmann Hollwegs und Hindenburgs, für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

*

Der Gewaltfriede für Österreich.

Die neuen Bedingungen an Österreich sind die endgültigen. Ein Ultimatum ist Österreich nicht gestellt, doch sind die Alliierten entschlossen, die Verhandlungen mit Österreich unter keinen Umständen über den 10. August hinaus fortzusetzen.

Die „Times" melden aus Paris: Der neuen Note an Österreich wird noch eine Note nachfolgen, mit der die Auslieferung bezw. Sicherstellung des Goldvorrats der österreichisch=ungarischen Bank verfügt werden wird.

Für den Fall der Ablehnung der neuen Ententeforderung durch Österreich wurde Italien das militärische Mandat gegen Österreich übertragen.

Japan gibt in der Schantungfrage nach.

Wie die „Frankfurter Ztg." aus New York berichtet, ist dort aus Washington eine offizielle Information eingegangen, derzufolge Japan im Begriff ist, auf alle Rechte bezüglich der Schantunghalbinsel zu verzichten. Die chinesische Delegation wird sich dadurch veranlaßt fühlen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ferner glaubt man, daß hierdurch automatisch ein Teil der Opposititon im amerikanischen Senat ausgeschaltet wird. Japan soll dieses Versprechen bereits Wilson, Clemenceau und Lloyd George gegeben haben. — Eine Bestätigung dieser Nachricht muß abgewartet werden.

General Smuts

hat eine Abschiedserklärung veröffentlicht, in der er Gnade, Mitleid und eine versöhnliche Haltung gegenüber den früheren Feinden verlangt. Er sagt u. a.: Monatelang haben wir gesehen, wie schwer die Republik im Kampfe für die Ordnung, gegen militärische Reaktion und Anarchie gekämpft hat. Deshalb verdient diese Republik unsere Unterstützung und Hilfe. Wir müssen sie in den Völkerbund aufnehmen. Mit Bezug auf Rußland darf die Entente nur als unparteiischer und wohlwollender Freund und Helfer auftreten.

In Paris ist man sich über die

Verteilung von Deutsch=Ostafrika

einig geworden. Belgien tritt an England einen bedeutenden Teil des alten Kongos am Tanganjika=See ab und empfängt dafür einen großen Teil der deutschen Kolonie. England sichert sich auf diese Weise die Verbindung Kapstadt—Kairo.

Zur Lage im Reiche.

Der 21. Juli in Deutschland.

Der „Vorwärts" warnt die Arbeiter dringend vor der Beteiligung am Streik. Er schreibt u. a.: „Die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit jener Kreise der Unabhängigen und Kommunisten gegenüber den schweren wirtschaftlichen Gefahren, die vor uns stehen, hat sich aufs neue dokumentiert. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Dieser Streik ist ein neues Verbrechen gegen das deutsche Volk! Wer noch ein Gewissen im Leibe und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken. Die Arbeiterschaft muß sich von den Totengräbern ihrer Zukunft, den Unabhängigen und Kommunisten, abwenden, sie muß ihnen am Montag die Gefolgschaft verweigern. Sollen wir uns nun völlig totstreiken? Arbeiter, Genossen! Am Montag wird nicht gestreikt!"

Jedenfalls wird die ganze Aktion sich im wesentlichen auf Wien und Berlin beschränken. In Berlin streiken die Straßenbahner, die Arbeiter der Wasserwerke, der Elektrizitätswerke und noch manche andere, so weit sie auf den Wink der U. S. P. dressiert sind. Natürlich können sich die Arbeiter der städtischen Betriebe Neuköllns die Teilnahme an diesem neuen Unfug nicht versagen. Allerdings hat Reichswehrminister Noske den Streiklustigen einen argen Streich gespielt, indem er die Genehmigung zu Versammlungen unter freiem Himmel versagt. Alle großen Säle Berlins aber haben sich bereits die Mehrheitssozialisten für ihre Kundgebungen gesichert. Außer in Wien und Berlin scheint es nur noch in einigen Orten Mitteldeutschlands zu umfänglicheren Arbeitseinstellungen kommen zu sollen, so in Halle und Gotha. In Leipzig ist die ganze Bewegung zu einer jämmerlichen Farce geworden, über die der Außenstehende lächeln könnte, wenn sie nicht nach innen und außen so gefährlich wäre.

Im einzelnen liegen uns folgende neueren Meldungen vor:

Die Beteiligung der Berliner Straßenbahner unsicher.

In Kreisen der Berliner Straßenbahnangestellten scheint keine große Neigung zu herrschen, der vom Ausschuß der Arbeiterräte ausgegebenen Parole auf Niederlegung der Arbeit am Montag Folge zu leisten. Es fanden am Sonntag nacht noch Sitzungen statt, in denen darüber beraten wurde. Es wird als nicht unwahrscheinlich bezeichnet, daß am Montag die Straßenbahn ihren Verkehr aufrechterhält.

*

Abflauen des Erntestreiks in Pommern.

Nur von einem Abflauen, nicht aber von einem Ende des Landarbeiterstreiks in Pommern kann zurzeit gesprochen werden. Die Regierung hat, wie schon so oft, sprungweise den Forderungen der Streikenden nachgegeben, den Belagerungszustand beseitigt, die Arbeitszwangverordnung zurückgezogen und dafür Versprechungen eingetauscht, die, je nachdem, eingelöst werden oder auch nicht. Die Lage ist jetzt offenbar so: Durch demagogische Verhetzung und mit terroristischem Nachdruck haben bolschewistische Elemente die Landarbeiter in den Streik getrieben. Die Regierung hat jetzt durch ihre Nachgiebigkeit alle die Dinge beseitigt, die den Streikhetzern einen Schein der Berechtigung für ihre Argumente boten. Jetzt vermögen sie die arbeitswilligen und einigermaßen besonnenen Elemente nicht mehr im Streiktaumel zu halten. Aber die jederzeit Streiklustigen sind durch die Taktik der Regierungskommission in ihrem gefährlichen Hange bestärkt worden. Und die eigentlichen Treiber der Bewegung, die nach politischen Abenteuern Lüsternen, sind nicht im mindesten getroffen. Sie werden noch einige Zeit in Pommern weiter schüren. Haben sie Erfolg dabei, ist es ihnen recht, bleibt der Erfolg aus oder erreicht er nicht den gewünschten Umfang, dann verlegen sie eben ihr ödes Handwerk flugs in eine andere Provinz. Scheinbar beabsichtigt man den nächsten Streich in Schlesien. Wenigstens kann man das auf Grund folgender Nachricht vermuten:

Streikgefahr in Schlesien.

Wie die „Berliner Morgenpost" berichtet, hat die Streikbewegung der Landarbeiter auch auf Schlesien übergegriffen. Zugereiste kommunistische Aufwiegler hetzen im Kreise Sagan unter den Landarbeitern. Die Behörden nahmen den Haupträdelsführer, einen deutschrussischen Landarbeiter, fest. Der Verhaftete hat mehrere Mitwisser, die in den Dörfern Niederschlesiens zum Erntestreik schüren. Von den amtlichen Stellen sind angeblich sofort umfassende Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung eingeleitet worden.

Keine Streikgefahr in Sachsen.

WTB. meldet: Von ganz vereinzelten und rein örtlichen Schwierigkeiten abgesehen, besteht nirgends in Sachsen die Gefahr eines Erntestreiks. Es ist vielmehr als sicher anzunehmen, daß die abgeschlossenen Tarife von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gehalten werden. Außerdem vermag die sächsische Landarbeiterschaft aus ihrer guten Kenntnis der Ernährungsschwierigkeiten unseres Landes heraus die unabsehbaren Folgen gerade eines Erntestreiks viel zu gut zu würdigen. Sie würde sich daher wohl kaum auf eine Aktion einlassen, die ungefähr so wirken würde, wie wenn sie ein ganzes Jahr lang gestreikt hätte; denn ein Erntestreik vernichtet die Früchte des Fleißes eines ganzen Jahres.

Eine Anregung Brauns.

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun hat an den Reichsernährungsminister Schmidt eine Mitteilung gerichtet, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte alles von der Landarbeiterschaft ferngehalten werden müsse, was zur Unzufriedenheit Anlaß geben könne. Ein wirksames Mittel zur Vermeidung einer solchen Entwicklung sei, daß den Landarbeitern die ihnen vertragsmäßig zustehenden Naturalienbezüge in vollem Umfange gewährt und den leistungspflichtigen Arbeitgebern die Möglichkeit genommen werde, Teile dieser Naturalienbezüge in bar abzurechnen. Weiter fordert der Minister auf, möglichst schnell eine Verordnung zu erlassen, durch die die Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, alle den landwirtschaftlichen Arbeitern zustehenden Naturalienbezüge als solche in vollem Umfange zu gewähren.

Auflösung der Provinz Westpreußen.

Die bisherigen Nachrichten, daß die Provinz Westpreußen in ihrem Bestande als selbständige Provinz erhalten bleiben würde, wird uns an zuständiger Stelle als nicht zutreffend bezeichnet. Die deutschbleibenden Teile Westpreußens, ebenso wie die deutschbleibenden Teile der Provinz Posen, werden den bestehenden Verwaltungskörpern angeschlossen werden.

Keine Abstempelung der Wertpapiere?

Die „Köln. Volksztg." meldet aus Weimar: Miteilungen einzelner Blätter, daß das Reichskabinett plane, der Nationalversammlung eine Vorlage zu machen, wonach Wertpapiere, Banknoten usw. abgestempelt werden sollen und die ungestempelten Wertpapiere ihren Geldwert verlieren sollen, entsprechen nicht den Tatsachen. Richtig ist aber, daß das Reichskabinett, wie wir von unterrichteter Seite hören, sich mit Plänen trägt, um der Kapitalflucht entgegenzutreten. In den nächsten Tagen werden in Weimar Sachverständige zusammentreten, um zu den Plänen der Reichsregierung endgültig Stellung zu nehmen. Wie wir hören, beabsichtigt das Reichskabinett, sämtliche im Umlauf befindlichen Banknoten höherer Werte einzuziehen und durch ganz neue Banknoten zu ersetzen. Die alten Banknoten sollen einen ganz kurzfristigen Verfalltermin erhalten. Danach werden also alle Banknoten ihren Wert verlieren, wenn sie nicht bis zu diesem kurzfristigen Verfalltermin eingelöst sind.

Politische Übersicht.

Rücktritt des französischen Ernährungsministers.

Boret, der französische Ernährungsminister, ist nach der Niederlage in der Kammer zurückgetreten. In der Kammersitzung wurden die Maßnahmen der Regierung auf das schärfste angegriffen, hauptsächlich von den Abgeodneten de Monzie und Paisant, die die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verkehrt hielten. Man habe vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131919O722-14/fragment/page=0002

und daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Ernährungsminister Boret war als einziger Minister anwesend und verteidigte die Politik des Ministeriums. Er verwarf schließlich eine Tagesordnung Augagneur, der auch in die Debatte eingegriffen und erklärt hatte, das Ministerium habe sich unfähig erwiesen, gegen die Teuerung anzukämpfen. Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Renard annehmen zu können, doch wurde der Tagesordnung Augagneur mit 227 gegen 213 Stimmen der Vorrang zuerkannt.

Noulens, der Deputierte von Gers und ehemaliger Finanz- und Kriegsminister, ist als Nachfolger von Boret zum Ernährungsminister ernannt worden.

Der Generalstreik in Italien.

Bern, 21. Juli. Die italienische Regierung hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen für die Streiktage getroffen. In Rom liegt ein starkes Truppenaufgebot bereit. Der private Telephonverkehr ist untersagt, die amtlichen Stellen wurden durch drahtlosen Verkehr über das ganze Land in Fühlung gesetzt. Die Beamten sind auch am Sonntag auf ihren Posten.

Aufnahme des Handels mit Deutschland.

Amsterdam, 21. Juli. Laut Pressebüro Radio sind in Amerika 68 000 Tonnen Schiffsraum für den Handel mit Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden Baumwolle führen. Alle Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfang August ab.

Englische Befürchtungen.

Amsterdam, 21. Juli. Den englischen Blättern zufolge sagte Churchill in einer Rede u. a.: Die nächsten Wochen würden wahrscheinlich entscheiden, ob die Erfolge Denekins den Druck, der auf Koltschak ausgeübt werde, beseitigen und Koltschak es ermöglichen werde, sich zu erholen. Der Bolschewismus entwickele sich zu einer Militärmacht, die in der Lage sein würde, mit Deutschland zusammenzugehen. Er sei gezwungen, darauf hinzuweisen, daß sich von China bis zum Rhein eine große Masse Bewaffneter bilden könne, die von Haß gegen die alliierten Mächte durchdrungen und durch die Aussicht auf Raub und Rache getrieben sind.

Provinz und Umgegend.

† **Hohenmölsen**, 21. Juli. Im Herbst sollen 30 Morgen Land in Parzellen zu 600 Quadratmeter als Schrebergartengelände verpachtet werden.

† **Jaucha**, 21. Juli. In unerhörtem Maße werden in unserer Gegend die Obstbäume geplündert. Körbeweise werden die Kirschen nicht nur in der Nacht, sondern auch am Tage weggeschleppt. Pächter und Aufseher sind vollständig machtlos und müssen oft ihr Eingreifen mit einer gehörigen Tracht Prügel büßen. Auch die Felddiebstähle nehmen überall überhand. Wenn das so weitergeht, wird es bald dahin kommen, daß — wie es im Mansfelder Kreis schon vorkam — der Landwirt zusehen muß, wie man ihm sein Eigentum mit Wagen fortfährt.

† **Eisfeld** (Thür.), 21. Juli. In der „Eisfelder Ztg." macht ein Konditor bekannt, daß er wegen Verbilligung der Rohmaterialien jetzt sein Gebäck um 20 Prozent billiger verkaufe. Das ist doch wenigstens mal ein Anfang!

† **Bad Schmiedeberg**, 21. Juli. Ein geradezu ungeheuerlicher Andrang herrscht jetzt auf dem hiesigen Bahnhof, der von Hunderten von Heidelbeerensuchern bestürmt wird. Plattformen, Trittbretter, Puffer, alles ist besetzt, und auch der Regen vermochte dem Andrange keinen Abbruch zu tun. Wie hier, so war es auch auf den anderen Bahnhöfen der Dübener Heide, so vor allem in Radis.

*

Die Pocken in Weißenfels.

† **Weißenfels**, 21. Juli. Der Landrat des Kreises gibt bekannt: In der Stadt Weißenfels, sowie im Kreise Weißenfels, namentlich in Burgwerben und Jaucha, sind die Pocken ausgebrochen. Die Erkrankungen haben einen derartigen Umfang angenommen, daß eine Gefahr der Ausbreitung auch für den Kreis Zeitz besteht. Es muß deshalb unbedingt eine allgemeine freiwillige Pocken-Schutzimpfung vorgenommen werden. Indem ich auf die drohende Gefahr der Ansteckung eindringlich hinweise, gebe ich bekannt, daß von jetzt ab jeden Mittwoch und Sonnabend vormittags von ¾10 bis ¾11 Uhr im hiesigen Rathause, Zimmer Nr. 7, von dem Kreisarzte Impftermine abgehalten und die Schutzimpfungen vorgenommen werden. Der Kreisarzt wird auf Ansuchen auch in einzelnen, besonders gefährdeten Orten Schutzimpfungen abhalten. — Der Einwohnerschaft des Kreises bringe ich Vorstehendes zur Kenntnis mit der Aufforderung, sich der Schutzimpfung zu unterziehen. Die Kosten sind von den Amtskassen zu tragen.

Merseburg und Umgegend.

21. Juli.

Der 21. Juli in Merseburg.

Ein Proteststreik gegen den Gewaltfrieden hat sich der schier endlosen Kette all der Lohnstreiks, politischen, Sympathie- und Generalstreiks angeschlossen. Nachdem dem einfachen, gesunden Menschenverstande kein zweckdienlicher Grund hierfür vorgeschoben werden konnte — denn die Unterzeichnung des Gewaltfriedens ist doch nur durch die jetzt dagegen streikenden Parteien erzwungen worden und um Eindruck zu machen, mußte man eine solche Kundgebung vorher unternehmen — mußten die seit einigen Tagen erklungenen Fanfaren von einem englisch-französisch-italienischen Generalstreik" angeblich gegen den Gewaltfrieden dazu den Anlaß hergeben. Mit welchem Recht — einfache verständige Menschen hielten dies in anbetracht all der trüben Erfahrungen bezüglich der Internationale in den letzten fünf Jahren schon von vornherein für eine neue Täuschung —, haben die letzten Meldungen der vergangenen Woche gezeigt, die so viel trübes Wasser in den sozialistischen Wein gossen: Kein allgemeiner Streik in Frankreich und Italien — in Holland wird gearbeitet — in England ist er mehr wie fraglich. Aber in Deutschland, dessen Bevölkerung immer noch hungert, in dem für den Winter die schlechteste Kohlenversorgung angekündigt ist, wird generalstreikt, nachdem von allen Regierungsstellen zum aberhundertsten Male gepredigt wurde: Nur intensive Arbeit kann uns noch retten! Dann der Unterschied in der Verstaatlichung selbst: Die alte sozialdemokratische Parteileitung wies ihre Mitglieder an, heute unter allen Umständen in den Betrieben zu bleiben und geschlossen an den Veranstaltungen der Partei am Nachmittag nach Arbeitsschluß teilzunehmen. Die unabhängigen Sozialisten gingen natürlich aufs Ganze und streikten von morgens bis abends gegen den Gewaltfrieden an. In einer Versammlung des Gewerkschaftskartells Merseburg am Freitag abend wurde in öffentlicher Abstimmung — die Arbeiter der Firma Blancke u. Co. nahmen für sich eine besondere Abstimmung vor — fast einstimmig beschlossen, am Montag die Arbeit ruhen zu lassen und sich um 11 Uhr vormittgs auf dem Rulandtplatze zu einer öffentlichen Versammlung einzufinden, wo ein Genosse eine zu späte Brandrede gegen den Gewaltfrieden halten soll; daran anschließend Demonstrationsumzug durch Merseburg. An der Kundgebung in Merseburg sollten die Arbeiter der Umgegend teilnehmen. Die Eisenbahner beteiligten sich am Streik selbst nicht. Am Sonntag abend fand im Restaurant zur „Guten Quelle" eine öffentliche Versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes statt, um Stellung zu der am 21. stattfindenden Arbeitsruhe zu nehmen. Die Aussprache war ziemlich lebhaft, doch wurde von allen Rednern ermahnt, wegen des mäßigen Besuchs keinen Beschluß zu fassen. Angenommen wurde mit allen Stimmen folgende Resolution: Die Eisenbahner von Merseburg begrüßen freudig die morgige Kundgebung des Proletariats aller Länder gegen Kapitalisierung und Gewaltfrieden. Sie erblicken in dieser Demonstration den ersten Schritt zur Weltrevolution und Befreiung vom Joch der Entente und senden den Eisenbahnern der ganzen Welt ihre brüderlichen Grüße." Ebenfalls beschlossen die hiesigen Buchdrucker, zu arbeiten und ermöglichten damit anerkennenswerter Weise das Erscheinen der Zeitungen, im Gegensatz zu Halle. — So wurde denn heute in Deutschland „generalstreikt". Dem Leben in den Straßen sah man es an, daß etwas los sein mußte. Gegen 11 Uhr samelten sich auf dem Rulandtsplatze etwa 600 Personen beiderlei Geschlechts um das Rednerpult. Ein Beauftragter des Gewerkschaftskartells begrüßte die Erschienenen, gab der gehegten Hoffnung nach einem viel zahlreicheren Besuche Ausdruck und überließ dann einem Parteiredner das Wort. Dieser hielt unter fortgesetzten heftigen Angriffen gegen die Regierung eine Werberede für seine Partei und bezeichnete als den Zweck der Demonstration den Protest gegen den Frieden als kapitalistischen Gewaltfrieden, den Protest gegen den kapitalistischen Kampf gegen Sowjetrußland und Ungarn und die Vereinigung des Proletariats zum gemeinsamen Kampf gegen den einzigen Feind, den Kapitalismus. Die Demonstration soll dem Kapitalismus und den **Feinden zeigen, daß die Weltrevolution auf dem Marsche sei, selbst wenn die Deutschen allein streikten.** Redner schloß mit einem Hoch auf die Weltrevolution. Wenn Raum und Zeit hier wäre, könnte man alle Angriffe des Redners mit der Politik der Unabhängigen gut zurückweisen. — Hierauf bestieg ein Redner der Kommunisten das Pult — trotz der kommunistischen Absage an die Unabhängigen in vergangener Woche — und begrüßte gleichfalls die Demonstration als Zeichen der kommenden Weltrevolution gegen den Feind Kapitalismus, der in Deutschland ja am Boden liege, dem man aber in rücksichtslosem Kampf die noch übrigen Beine abtreten und das letzte Licht auslöschen müsse. Auch er erging sich in den bekannten Angriffen gegen die Regierung und forderte zur Einigung des Proletariats und zur Tat auf. Wenn dieser Tag der Tat komme — er ist nach den beiden Rednern nicht mehr allzu fern — dann sei zu hoffen und zu wünschen, daß auch das Proletariat von Merseburg einiger wie heute und vollzählig auf dem Plane sei. — Die Versammelten zollten den Rednern lebhaften Beifall. Anschließend trug der Arbeiter-Sängerchor noch ein Lied vor, und die Versammlung gruppierte sich zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. Derselbe bewegte sich in aller Ruhe vom Rulandtsplatz, Obere Breitestraße usw. durch die Stadt. An ihn schloß sich das Weiterstreiken gegen den Gewaltfrieden. Wir wollen das ganze Unternehmen nicht diskreditieren — wie es der unabhängige Redner voraussetzte, sondern als das nehmen, als was es die Redner bezeichneten, als Symptom einer Bewegung, daß die Weltrevolution auf dem Marsche sei.

Der Proteststreik in Halle.

Halle, 21. Juli. (Telegr.) Die hiesige Arbeiterschaft beging den internationalen Proteststreik durch Arbeitsruhe. Der Straßenbahnverkehr ruhte ebenfalls, während der Eisenbahn-Personenverkehr aufrecht erhalten blieb. Die Geschäfte blieben offen. Die Zeitungen sind außer einer nicht erschienen. Gegen 10 Uhr zogen 25 000 bis 30 000 Personen mit roten Fahnen und Plakaten auf den Markt, wo verschiedene Redner, u. a. Abg. Baaß-Remscheidt, sprachen. Die Demonstration verlief ohne jede Störung.

Es streiken außerdem hier die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes, sowie der städtischen Gaswerke. Der Betrieb des Wasserwerkes wird aufrecht erhalten.

*

† **Theodor Groke.** In Leipzig ist der Gründer der hiesigen Fabrikfirma Th. Groke im 80. Lebensjahre gestorben. Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts übernahm er die längere Zeit völlig still gelegenen Fabrikräume an der Halleschen Straße und brachte in diese durch unermüdlichen Fleiß bald wieder neue Regsamkeit. Seine Produkte gingen in alle Weltteile und erfreuten sich des besten Rufes. Vorbildlich war die Fürsorge des Verstorbenen seinen Arbeitern gegenüber, die ihrem früheren Chef jedenfalls ein gutes Andenken bewahren werden. Auch in der Bürgerschaft, mit der der Vielbeschäftigte nur wenig in Berührung kam, hatte der Name Th. Groke einen guten Klang, so daß auch in diesen Kreisen die Kunde von dem Hinscheiden Grokes warme Gefühle aufrichtigen Bedauerns wachrufen dürfte. Er ruhe in Frieden!

** **Tivoli-Theater.** Dienstag findet auf vielseitigen Wunsch noch eine Aufführung der beliebten Operette „Schwarzwaldmädel" statt. — Donnerstag kommt eine Kriminalgeschichte „Kümmelblättchen" von Johannes Overweg zur Aufführung. Bei der gesamten Berliner und Halleschen Presse gab es nur ein Urteil: Das lustige Stück versteht es, einige Stunden die Lachmuskeln angenehm zu reizen.

*

Besserer Feldschutz ist unbedingt erforderlich!

Diese unsere Forderung in unserem Bericht über Felddiebstähle in Nr. 159 dieser Zeitung wird in folgender Zuschrift eines kleinen Landwirts neu und eindringlichst erhoben:

Die Lage der Landwirte hinsichtlich des Schutzes ihrer Fluren ist jetzt geradezu trostlos. Kaum fangen die ersten Kartoffeln an zu reifen, so sieht man schon herausgezogene halbreife Stöcke auf den Feldern liegen und die in der Entwickelung begriffenen Knollen liegen zerstreut umher. Das Herz im Leibe tut einem weh, wenn man solchen Frevel tagtäglich beobachten muß. Es werden nicht etwa Pfunde, sondern Zentner weggeschleppt und in den seltensten Fällen kommt das spitzbübische Gesindel den Feldhütern in die Hände gelaufen, obgleich jeder Landwirt gern eine Prämie für jede Anzeige zahlt. Wie es mit den Kartoffeln geschieht, so verhält es sich auch mit dem Getreide und Futter, ganze Flächen sind aus den Plänen herausgemäht. Deshalb fragt man sich: Weshalb wird da nicht mehr zum Schutze der Felder getan? Der jetzige Flurschütze hat keine Zeit, sich um die Flur zu kümmern, da er mit dem Einkassieren des Hüterlohnes zu tun hat; nach seinen Angaben hat er noch 14 Tage zu laufen, ehe er damit fertig wird! In dieser Zeit können die Diebe ihren Bedarf und auch noch den Bedarf anderer eingedeckt haben. Könnte die Zahlung des Hüterlohnes nicht auf anderem, praktischem Wege erledigt werden? Weshalb nimmt die Stadt, welche doch an der Versorgung der Bevölkerung das regste Interesse hat, nicht selbst den Schutz von Feld und Flur in die Hand, wenn nicht genügend einwandfreie Leute zu bekommen sind? Weshalb kannn da nicht militärischer Schutz angefordert und gestellt werden. Die Erhaltung der Lebensmittel liegt doch gerade genug im Interesse der Allgemeinheit.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Dienstag den 22. Juli.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen von Frahnert, Kunecke, Konsumverein (Lauchstedter Str.), Teichmann und Schulz. In der Woche vom 21.—26. Juli in sämtlichen Verkaufsstellen auf Feld 29 und 30, soweit diese noch nicht beliefert, und auf Feld 31 für alle Versorgungsberechtigten je ¼ Liter.

Kirschen für Lebensmittelhefte Nr. 1501—2350 auf Abschnitt Nr. 99 und an alle, die auf Abschnitt 100 der Lebensmittelhefte noch keine Kirschen erhalten haben.

Roßfleisch für die Ordnungsnummern 3101—3200 bei Hoffmann (Brühl 6).

---

k. **Kriegsdorf**, 21. Juli. Fischdiebe treiben hier schon seit einigen Jahren ihr Unwesen. Auch in diesem Jahre ist schon öfters bemerkt worden, daß Diebe des Nachts Fischsäcke in den hiesigen Fischteich gesteckt haben. Aber bisher ist es noch nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln. Als in der Nacht zum Freitag zwischen ¾1 Uhr der Sohn des Landwirts K. an den Teich kam, sah er, daß sich ein Mann dort zu schaffen machte, welcher aber auf Anruf nicht stehen blieb, sondern schleunigst das Weite suchte und nicht ermittelt werden konnte.

*

Die Feld- und Obstdiebstähle im Kreise Weißenfels.

Aus Weißenfels wird berichtet: In erschreckender Weise nehmen auch in unserer Flur die Felddiebstähle überhand. In Hohenmölsen wurde aus einer Gärtnerei, einer Kriegswitwe gehörig, viel Gemüse gestohlen. Vorgestern nacht wurden mehrere Hundert Kartoffelstöcke herausgerissen und in vergangener Nacht wurde einem anderen Landwirt ein ganzes Stück Kartoffelland abgeerntet. Aber auch sogenannten kleinen Leuten werden Runkeln, Schoten und Kartoffeln vom Felde gestohlen. Nicht nur in der Nacht, sondern selbst am Tage geht man diesem diebischen Handwerk nach. Was nicht vom Felde weggetragen werden kann, wird zertreten. Unsere Landwirte verlieren jede Lust, noch Feldfrüchte zu bauen. Ein Feldhüter läßt sich nicht gewinnen, ein Mann ist auch zu wenig, denn die Spitzbuben kommen in ganzen Trupps und treten jedem Einhaltgebietenden mit brutaler Gewalt entgegen. Wenn nicht bald etwas geschieht zum Schutze der Felder, dann brauchen manche Besitzer gar nicht erst mit der Kartoffelernte zu beginnen. — Aus Deumen wird berichtet: Nachdem schon am Abend des 15. Juli das zum hiesigen Rittergute gehörige Erbsenfeld von Dieben derartig heimgesucht war, daß die Ernte von drei Morgen vollständig vernichtet ist, waren gestern abend auf demselben Felde wieder 80 bis 100 Personen, die Erbsen stahlen. In Anbetracht der Menge dieser Diebe, denen unweigerlich die Früchte des 16 Morgen großen Erbsenfeldes zum Opfer gefallen wären, wurde die hiesige Einwohnerwehr zum Einschreiten aufgeboten. Als die Menge dieser gegenüber eine drohende Haltung einnahm und auch aus ihrer Mitte zuerst verschiedene Schüsse abgefeuert wurden, wurde seitens der Einwohnerwehr von der Waffe Gebrauch gemacht, worauf die Diebe dann flüchteten. Von den Dieben ist eine Person durch einen Streifschuß verletzt worden. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde sie in das Krankenhaus Hohenmölsen eingeliefert. Das hiesige Rittergut hat, abgesehen davon, daß der größte Teil des Erbsenfeldes arg verwüstet ist, die halbe Ernte durch diese Diebereien eingebüßt. — Aus Mutschau meldet man: Heute früh wurde hier ein Hüter in der Kirschallee erschossen aufgefunden. Wahrscheinlich hat er bei einer Nachtpatrouille Kirschendiebe überrascht und wurde dabei von den Plünderern niedergeschossen.

Mücheln und Umgegend.

21. Juli.

‡ **Querfurt**, 21. Juli. Für das Rechnungsjahr 1919 kommen als Kommunalsteuern zur Hebung: 190 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 225 Proz. Zuschlag zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer sowie der Gemeindegewerbesteuer.

‡ **Querfurt**, 21. Juli. Die Verwaltung der Oberförsterstelle Ziegelroda ist vom 1. Juli d. J. ab dem Forstmeister Brandt, bisher in Kleinlutan, Kreis Flatow, Bezirk Marienwerder, übertragen worden.

‡ **Gröst** (Kr. Querfurt), 19. Juli. Der Mühlenbetrieb des Windmüllers Karl Hickethier in Gröst ist infolge nachgewiesener Unregelmäßigkeiten vom 15. Juli bis Ende August 1919 geschlossen worden.

Wetterwarte.

V. W. am 22. 7.: Vorherrschend wolkig bis trüb, Regenfälle, verbreitete Gewitter. — 23. 7.: Ziemlich heiter, meist trocken, mäßig warm.

Haus- und Landwirtschaft.

Wasserflecke auf Möbeln

entfernt man durch eine Mischung von Öl und Salz, die man mittels eines Korkes auf den Flecken verreibt und dann mit wollenem Lappen nachreibt.

*

Die Kleintierzucht im Juli.

Fernhaltung und Beseitigung des Ungeziefers bildet eine Hauptsorge. Die meisten Kükenverluste im Sommer erfolgen durch Läuse. Häufiger Wechsel des Schlafplatzes bei immer sauberer Streu und ein Staubbad aus Erde und Straßenkehricht, zeitweise mit Kreolinlösung leicht überbraust, beugen am besten vor. Bei starkem Befall betupfe man Kopf und Steiß der Küken mit je einem Tropfen Öl. Vor Petroleum sei ernstlich gewarnt. Ebenso unerläßlich ist Schatten für gesundes Wachstum. Vor allem wird Sonnenbrand den jungen Enten gefährlich, die das einzige Federvieh sind, von dem heute noch Bruten angesetzt werden können.

Das Altgeflügel beginnt mit der Mauser. Diese befördert eine anfänglich sehr knappe Fütterung, auf die man nach Einsetzen lebhafter Federabstoßung recht reichliche Ernährung folgen läßt. Brennesseln, gekocht oder gedörrt und trocken zerrieben, unterstützen die Federbildung wesentlich, auch verwende man alle Fischabfälle, indem man sie durch die Hackmaschine gibt. — Häute und Gräten der Räucherheringe können auch vortrefflich zur Fliegenmadenzucht dienen, indem man sie in einem Blechgefäß mit durchlöchertem Boden und Untersatz an eine sonnige Stelle bringt; der sonst so gefürchtete Geruch tritt bei diesen Abfällen nicht auf.

Kaninchen darf man nicht mehr belegen lassen, da die Jungen in die Zeit des Haarwechsels der Mütter hineinkommen und kümmern würden. Auch bei ihnen sorge man für Schatten und auch für Trinkwasser, wenn das Grünzeug nicht mehr vollsaftig ist.

Die Ziegen erfordern besondere Pflege und Sauberhaltung. Bei kurzhaarigen Tieren bedarf es nur der wöchentlich zwei- bis dreimaligen Anwendung einer harten Kartätsche, während für Langhaar auch der Kamm zu benutzen ist. Bei knapper Streu sorge man für einen Lattenrost, auch vernachlässige man die Klauenpflege nicht. Bei der Ziegenhaltung ist die Reinlichkeit erstes Erfordernis; fast alle Vorurteile gegen die Milch gründen sich auf ihrer Vernachlässigung.

Handel und Verkehr.

= **Bericht vom Brennstoffmarkt für Juni 1919.** Im allgemeinen war auch im Monat Juni die Nachfrage nach Brennstoffen so groß, daß der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Die Gründe dafür sind dieselben, die bereits in den vorhergehenden Monaten die Produktionsverhältnisse der Braunkohlenindustrie ungünstig beeinflußt haben. Zwar haben außer in den Bergrevieren Görlitz und Halberstadt die Klagen über Arbeitermangel aufgehört, und aus dem Leipziger und Altenburger Revier wird sogar ein Überangebot an Arbeitskräften gemeldet, es ist aber zu bedenken, daß der allergrößte Teil der Arbeiter aus ungelernten, mit den Verhältnissen im Bergbau gänzlich unvertrauten Elementen besteht, deren Arbeitsleistung außerordentlich gering ist. Lohnerhöhungen haben im Bergrevier Nordhausen, wo eine Lohnsteigerung von 10 Prozent eintrat, und im Bergrevier Cassel stattgefunden, in welch letzterem Revier der Lohn um 1,20 ℳ pro Schicht stieg. Sonst haben Lohnsteigerungen nicht stattgefunden. Verkürzungen der Arbeitszeit sind ebenfalls nicht eingetreten. Leider ist auch dieses Mal wieder die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Bergarbeiter selbständig die Schicht verkürzen. So fuhren die Tiefbauleute einzelner Werke des Altenburger Reviers bis zu 20 Minuten vor Schichtzeit aus. Im allgemeinen ist in den Arbeitsverhältnissen eine gewisse Beruhigung eingetreten. Über Wagenmangel wurde nicht geklagt.

Vermischtes.

* **Vom Minister zum Zeitungshändler.** Den entgegengesetzten Weg, wie in Amerika einer vom Zeitungsboy zum Millionär wird, scheint es in der deutschen Revolution zu gehen. Der ehemalige Minister für öffentliche Fürsorge in Bayern, Unterleitner, ist stellenlos und widmet sich jetzt dem Straßenhandel, indem er Zeitungen verkauft.

* **Zu der Explosion in Hohenschönhausen**, über die wir bereits berichteten, wird gemeldet, daß sie glücklicherweise nicht so schwere Folgen gehabt hat, wie es zunächst den Anschein hatte. Es explodierten 200 000 Sprengkörper, die in zwei Holzschuppen lagerten. Die beiden Schuppen sind natürlich vollständig zerstört, doch ist jetzt zweifelsfrei festgestellt worden, daß ein Verlust an Menschenleben nicht zu beklagen ist. Die Vermutung, daß sechs bis acht Mann vermißt werden, die angeblich als Wache in der Nähe der Schuppen weilten, hat sich nicht bestätigt. Die Ursache der Explosion hat bisher noch nicht festgestellt werden können. Es wird Selbstentzündung vermutet. Jedoch ist die Annahme der Brandstiftung nicht von der Hand zu weisen.

* **Einsturz eines Lagerhauses.** In Antwerpen stürzten die Lagerhäuser der Zuckerraffinerie Tirlemontoise ein und begruben viele Arbeiter unter sich. Bis jetzt sind 20 Tote und Schwerverletzte geborgen. Es dürften aber noch zahlreiche Opfer unter den Trümmern liegen. Der Zusammenbruch wird auf Überlastung der Speicher zurückgeführt.

* **Die Grippe auf Mauritius.** Die „Times" meldet, daß die Grippe auf Mauritius sehr wütet. In den letzten zwei Monaten seien ungefähr 400 Menschen täglich daran gestorben.

* **Ein neuer Generalstreik?** Wie sehr die Führer der revolutionär gerichteten Arbeiter unter der Oberfläche wühlen, um die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten für einen neuen allgemeinen politischen Generalstreik zwecks Errichtung der Diktatur des Proletariats zu gewinnen, beleuchtet blitzartig eine neue Aufklärungsschrift, die im Verlag des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, Angestellten-Gewerkschaft für Handel und Industrie, Leipzig, Zeitzer Str. 10, erschienen ist. Der Verfasser der Schrift zeigt den Angestellten und Arbeitern neue Wege, die zur Erlangung des vollen Arbeitsertrages führen, ohne das deutsche Wirtschaftsleben durch neue Generalstreiks völlig zu vernichten. Jeder denkende Arbeiter und Angestellte muß diese bemerkenswerte Schrift gelesen haben, die zum Preise von 30 ₰ einschließlich Porto zu beziehen ist.

*

Eisenbahnunglück auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin.

Berlin, 21. Juli. Ein schwerer Eisenbahnunfall, bei welchem 5 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin. Der Unfall ist anscheinend durch Versagen einer Luftdruckbremse herbeigeführt worden. — Beim Einfahren des Zuges in den Bahnhof vermochte der Lokomotivführer die Maschine nicht zum Stehen zu bringen. Sie fuhr über den Prellblock hinaus, über den Perron in die dahinter liegende Schankwirtschaft hinein. Hier wurden fünf Reisende von den Rädern erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Innenraum der Schankwirtschaft wurde völlig zertrümmert. Es entstand eine ungeheure Panik. Zwei der zu Schaden Gekommenen weisen schwere Verletzungen auf, die anderen drei leichtere.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getraut: Der Prok. H. Zimmermann mit Fr. Ch. geb. Renno, der Bahnarb. P. Möbius m. Fr. M. geb. En. — Beerdigt: der Bergarb. Guido Müller.

Stadt. Getauft: Anna Margarete, T. d. Arb. Steinbrück; Gerhard, S. d. Invval. Hohmann und drei unehel. Kinder. — Getraut: der Mechan. E. A. Dinter m. Frau F. E. geb. Götze. — Beerdigt: die Ww. Schmieder; der S. d. Fabr.-Arb. Bock, die Ww. Trepdte.

Neumarkt. Beerdigt: Der Invval. W. Mangold, Andreasheim, die totgeb. T. des Arb. K. Hamel.

Altenburg. Getauft: Otto Franz Alwin, S. d. Arb. Köpke; Annemarie, unehel. T. — Getraut: der technische Zeichner G. E. Fischer mit Frau E. F. geb. Book; der Studienassessor L. P. E. Hoffmann mit Frau M. M. geb. Steffenhagen; der Bäcker F. W. O. Stch mit Frau E. F. M. geb. Maschow.

Statt Karten.

Otto Classe
Luise Classe
geb. Wagener
Vermählte.

Belgern a. Elbe, den 21. Juli 1919.

Ihre am heutigen Tage vollzogene Vermählung zeigen hierdurch an

Paul Heber und Frau Else
geb. Schurig.

Merseburg, den 21. Juli 1919.

Obst-Verpachtung.
Das Obst der Gemeinde Tragarth soll am **Donnerstag, den 24. Juli, nachm. 3 Uhr** an Ort und Stelle verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Der Gemeindevorsteher.

Apfel-Verpachtung.
Die Apfel auf der Merseburg-Weißenfelser Straße der Gemeinde Spergau sollen **Mittwoch, 23. Juli, nachm. 6 Uhr,** bei dem Gastwirt Schmidt hierselbst meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden.
Der Gemeindevorstand.

Möbl. Zimmer m. Schlafkab. i. christl. Hause s. 1. od. mehrere Pers. sof. od. später zu vermiet. R. Thiele, Grünestraße 2.

Möbliert. Zimmer m. 2 Betten an 2 anständige Herren zu vermieten Weiße Mauer 1.

Eine größere Wohnung zum 1. Okt. od. spät. gesucht, evtl. gegen 4-Zimm.-Wohn. zu tausch. Off. unt. 200 an die Exp. d. Bl. erb.

Einzelne Leute suchen kleine Wohnung. Offert. unt. 209 an die Exped.

Einfach möbl. Zimmer mit Bett sofort zu mieten gesucht. Offerten unter 214 an die Exp. d. Bl.

Junger bess. Herr sucht z. 1. 8. **möbl. Zimmer.** Offert. unt. 189 an die Exped.

Leeres oder möbliert. Zimmer für sofort gesucht. Offert. unter 213 an die Exped. d. Bl.

Junge Frau sucht möbl. Z'mmer. Offert. unt. 211 an die Exped.

1 neuer Sommer-Filzhut, 1 m. feinener Rock, 2 gr. Knabenhemden, 1 Turnjacke, 1 Halbgetze pm., zu verkaufen Gaedel, Geffnerstraße 4. 3 Tr.

Schw. Kinderschuhe, für 4jähr. Kind pass., wenig getragen, zu verkaufen. Neumarkt 27, 1 Tr.

2 mal neue Bettbezüge mit Kopfkissen (bunt) preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Neumarkt 27 1 Tr.

Doppelsitz. Klappsportwagen mit Gummireifen zu verkaufen Luisenstraße 24.

Za. 1000 alte **Dachziegel** zu verkaufen. Angebote unter B 212 an die Exped. d. Bl.

Junge Enten hat abzugeben Neumarkt 25.

Futterschweine zu verkaufen Greding, Kolonie Rössen Mittelstraße 20.

Himbeeren hat abzugeben Winkel 4.

Für das Vermessungsamt der Stadt Merseburg wird zum möglichst baldigen Dienstantritt ein

Vermessungstechniker

gesucht. Derselbe muß guter Karten- und Schriftenzeichner sein, in der zeichnerischen Bearbeitung von Bebauungsplänen sicher und in der Lage sein, die häuslichen Arbeiten bei Fortschreibungsvermessungen selbständig zu erledigen. Bewerbungen sind mit selbst geschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, sowie Schrift- und Zeichenproben unter Angabe der Gehaltsansprüche bis zum **10. August 1919** zu Nr. I 2140/19 an den Magistrat einzusenden.

Merseburg, den 16. Juli 1919.
I 2140/19. **Der Magistrat.**

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle
für Altleder u. gebr. Schuhwaren, Merseburg, Karlstr. Nr. 4. — Fernsprecher Nr. 591. —

Dienstag, den 22. Juli 1919, kein Verkauf.

M 499/19. Der Magistrat.

Rossfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 22. Juli d. Js. bei Hoffmann, Brühl 6 nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 3101—3200 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 21. Juli 1919.
L A I 700/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Fortsetzung des Kirschenverkaufs
auf Abschnitt 99 der Lebensmittelhefte Nr. 1501—2350 und an alle, die auf Abschnitt 100 der Lebensmittelhefte noch keine Kirschen erhalten haben, am

Dienstag, den 22. Juli 1919, vorm. von 10 Uhr ab.

Merseburg, den 21. Juli 1919.
L A II 2089/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Großer Posten Eisenbahn-Schienen,
zu Bauzwecken besonders gut geeignet, verkauft billigst.
Heinrich Bode Nachfl., Merseburg. Telephon 49.

Am Sonntag Mittag 2 Uhr entriß uns der bittere Tod plötzlich und unerwartet unser liebes, unvergeßliches, teures Mütterchen

Frau Witwe Christiane Hirschfeld
geb. Kunth

im 75. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Richard Hirschfeld, Paruschowitz, Oberschlesien,
Otto Hirschfeld, Merseburg,
Anna Frenzel, geb. Hirschfeld, Halle,
Anna Hirschfeld, geb. Noundorf, Paruschowitz, Oberschlesien,
Marie Hirschfeld, geb. Göhre, Merseburg,
Albert Frenzel, Halle
und drei Enkelkinder.

Merseburg, den 21. Juli 1919.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Kapelle des Stadtgottesackers aus statt. Zugedachte Kranzspenden bitten Breitestraße 12 abzugeben.

Nachruf!

Am 16. d. Mts. verschied in Leipzig der Begründer unserer Maschinenfabrik

Herr

Theodor Groke

im hohen Alter von fast 80 Jahren. Unsere Gesellschaft wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Merseburg, den 21. Juli 1919.

Aufsichtsrat und Direktion der Th. Groke, Aktiengesellschaft.

Nachruf.

Am 16. d. Mts. verstarb in Leipzig an den Folgen einer Lungenentzündung unser langjähriger, früherer Chef

Herr

Theodor Groke.

Wir betrauern in ihm einen treusorgenden väterlichen Berater, dem das Wohl seiner Angestellten stets am Herzen lag. Er wird uns unvergeßlich sein.

Merseburg, den 21. Juli 1919.

Die Beamten und Arbeiter der Th. Groke, Aktiengesellschaft.

Ich habe laufend abzugeben:

Lacke	Farben	techn. Oele	Glaser-Kitt
Emaille-Lack, Universal-Lack, Matt-Lack, Mattine, Bleiweiß, Zinnis-Ersatz, Terpentin-Ersatz	alle Kalk-, Oel- und Maserfarben	Stauffer-Fett, Maschinenöle, Zylinderöle, Heizöle, Motorenöl	alle Arten, Installations-, Schwarz- u. Mastixkitt

Rostschutzfarben, streichfertig auf Eisen und Holz, Maschinenlackfarben, erstklassige, hochglanzstehende Fußbodenlackfarbe in Originalpackungen zu M. 7.20 per Kilo inkl.
Emil Hartzmann, Oele und Fette, Saalfeld a. Saale.

Bekanntmachung.

Tagesordnung
für die Sitzung des Zweckverbandes Leuna
am Mittwoch, den 23. Juli 1919, vorm. 8 Uhr in Leuna-Werke, Bau M 26 a, Z 45.

1. Grunderwerb für die Ueberlandbahn Rössen-Dürrenberg,
2. Erweiterung der Zuständigkeit des Zweckverbandes,
3. Kostenerstattung für die Aufstellung eines trigonometrischenm Signals,
4. Gebühren für Polizeiauskünfte,
5. Verschiedenes.

Leuna-Werke, den 18. Juli 1919.
Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna. Cornely.

II. Nachtrag
zur Satzung der Landkrankenkasse Merseburg.

1. In § 21 Ziffer 1, Abs. 1 wird hinter der fünften Zeile hinzugefügt:
   „für ihre Familienmitglieder Familienhilfe nach § 36 a der Satzung".
2. In § 25 I ist in der 3. und 4. Zeile statt „fünf Mark" zu setzen „acht Mark".
   In § 25 II ist zu setzen:
   statt 2,70 Mk. 5,— Mk.
   „ 2,10 Mk. 3,50 Mk.
   „ 1,20 Mk. 2,— Mk.
3. Hinter § 36 wird eingeschoben folgender § 36 a:
   D. a. Familienhilfe.
   § 36 a.
   Die Kasse gewährt freie ärztliche Behandlung (§ 42) an die in der Hauslichkeit wohnenden Kinder der Versicherten bis zur Schulentlassung.
4. In § 50 I ist in der ersten Zeile statt „drei Hundertstel" zu setzen „fünf Hundertstel", außerdem
   in der vierten Zeile statt 0,48 Mk. 1,50 Mk.
   in der fünften Zeile statt 0,39 Mk. 1,05 Mk.
   in der sechsten Zeile statt 0,21 Mk. 0,60 Mk.
5. In § 65 I ist in der zweiten Zeile statt „drei Hundertstel" zu setzen „fünf Hundertstel".

Beschlossen in der Ausschuß-Sitzung am 19. Juni 1919 mit der Maßgabe, daß die Aenderungen am 1. Juli 1919 in Kraft treten.

Merseburg, den 19. Juni 1919.
Der Vorstand der Landkrankenkasse Merseburg.
von Richter, Vorsitzender.

Der vorstehende II Nachtrag zur Satzung wird gemäß § 324 Reichsversicherungsordnung genehmigt unter Zustimmung zu den Festsetzungen in § 25 der Satzung.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
Beschl. L. Nr. 156/19 K. (L. S.)
Oberversicherungsamt.
Der Vorsitzende. J. V.: Listemann.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 19. Juli 1919.
Der Vorstand der Landkrankenkasse Merseburg.
v. Richter. Vorsitzender.

Auktion.

Mittwoch, den 23. Juli 1919, vorm. 10 Uhr,
versteigere ich im Gasthof „Zur grünen Linde" hierselbst freiwillig:
1 echt eichenes Eßzimmer, bestehend aus Büffet, großem Ausziehtisch mit Einlagen, Anrichtetisch, 12 Stühle und 2 Bauerbretter, 1 dreisitziges Sofa mit buntem Plüschbezug u. Gestell, 1 nußbraunen Bücherschrank, 1 desgl. Kleider- u. Wäscheschrank, 1 großen Spiegel, 2 Kleiderschränke, 1 Kücheneinrichtung, 2 eiserne Bettstellen, mehrere Tische, 1 vierflammiger Gasherd mit Ständer, 1 Gaswärmeofen, 1 große Büste mit Ständer, 1 Posten Rips Uebergardinen, Portierenschale u. Fenstermäntel pp. 9 Aktenständer, 1 Trauersmenage und mehrere verschiedene kleinere Wirtschaftsgegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Die Gegenstände sind gebraucht, zum größten Teil aber in sehr gutem Zustande. Sie können 1 Stunde vor der Versteigerung besichtigt werden.
Pietzner, Gerichtsvollzieher in Merseburg, Gutenbergstraße 4.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Kunst und Kunst.
Herausgeber D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer
Beste Mitarbeiter
Sichere politische Führung!
Das alte Blatt für nationalen Sozialismus!
Probeheft kostenfrei. 25. Jahrgang. Vierteljahrespreis 5 Mark.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Abonnements werden in der Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent angenommen.

Verkauf von Heeresgut.

Am Mittwoch, den 23. sowie am 30. d. Mts., vorm. von 9—12 und nachm. v. 1—3 findet in den Baracken gegenüber der Kaiser-Wilhelms-Halle in Merseburg ein freihändiger Verkauf von überzähligem Lazarett-Gerät statt. Es kommen zum Verkauf: Badewannen, Bürsten, 1 fahrb. Desinfektionsapparat, Eimer, gr. Holzkübel, sanit. Gläser, Waschschüsseln, 500 kleine Tische, Waschmaschinen, Steckbecken, Bier-, Wasserleitungs- und Gasrohre und viele andere Gegenstände.

Reichsverwertungsamt.
Zweigstelle Halle a. S.

Naethers Kinderwagen
in weiß, luchblau, dunkelgrün, etc. mit Wachstuchaufschlag und Gummirädern empfiehlt
Emil Pursche, Neumarkt 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 160 | Dienstag, den 22. Juli 1919 | 46. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 19. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger und Noske.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 45 Min. Zunächst erfolgt die Beratung des Gesetzes über die

Zahlung der Zölle in Gold.

Das Gesetz verlangt wegen des gesunkenen Wertes des Papiergeldes die Begleichung der Zölle in vollwertigen Zahlungsmitteln, um der Entwertung der Reichsmarkwährung zu begegnen.

Das Gesetz wird nach kurzer Aussprache in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Gesetzentwurf über den

Absatz von Kalisalzen

vom 25. Mai 1910 und seiner Abänderungsgesetze, sowie Abänderungen des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 24. April 1909 wird in allen drei Lesungen mit einem Kompromißantrag Sachse (Soz.), Herold, Gröber usw. angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten,

die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich möchte bitten, die Gesetzentwürfe so rasch wie möglich zu verabschieden. Es handelt sich hier um Ausgaben, die sachlich begründet sind und die vom Reiche unter allen Umständen geleistet werden müssen.

Beide Gesetzentwürfe werden nach kurzer Aussprache an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzentwürfe über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und den Schutztruppen ausscheidenden Offiziere und Deckoffiziere, sowie über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht ausscheidenden Kapitulanten (Kapitulanten-Entschädigungsgesetz).

Preußischer Kriegsminister Reinhardt: Mit der Einbringung der Entschädigungsgesetze für die Offiziere und Kapitulanten des Heeres und der Marine erfüllt die Reichsregierung eine dreifache Pflicht. Sie muß in Erfüllung des Friedensvertrages abrüsten, sie muß die von der Abrüstung am härtesten betroffenen Berufssoldaten entschädigen für den Verlust ihres Lebensberufes, den sie im Vertrauen auf den Staat gewählt hatten, sie muß endlich den ins bürgerliche Leben zu überführenden Männer helfen, in neuen Berufsarten wieder in den Sattel zu kommen. (Zustimmung.) Einheitlich und uneingeschränkt erkennt die ganze Welt an, daß unsere Offiziere und Mannschaften in einzig dastehender Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. (Lebh. Beifall.) Diesem Geiste danken wir, daß die Mehrzahl der einzelnen Schlachtfelder die Stätte eines Sieges für uns, eine Niederlage für unsere Gegner bedeutet. Unauslöschlich werde damit unseren Kindes- und Kindeskindern die Erinnerung gesichert, und sie werden es allen Tapferen danken (lebhafter Beifall), wie wir es schon jetzt den für uns Gefallenen aus tiefstem Herzen danken. (Lebhafte Zustimmung.) Der Teil unserer wirtschaftlichen Lasten wird gern getragen werden, der diesem Danke Ausdruck gibt.

Abg. Davidsohn (Soz.): Die beiden Vorlagen sind besonders dringend.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Dem.): Es ist eine selbstverständliche Forderung, die Notlage unserer Helden zu mildern.

Reichswehrminister Noske: Ich will nur feststellen, daß über die Entwürfe Erwägungen mit den Beteiligten stattgefunden haben. Es ist von Ihnen immer wieder erklärt worden, daß Sie die Maßnahmen der Reichsregierung dankend anerkennen.

Abg. Seger (U. S.): Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem Loblied auf den Massenmord enden sollen. (Unruhe.) Noch immer trete der Militarismus alles Recht und alle Gerechtigkeit mit Füßen (sehr richtig! bei den U. S.), besser wäre, zuerst für die Kriegsbeschädigten, als für die Offiziere zu sorgen.

Reichswehrminister Noske: In den letzten Monaten war der Dienst der Truppe,

Deutschland vor dem Chaos zu bewahren.

Dafür hate sie ihre Haut zum Markte getragen gegen verbrecherischen Unfug und verbrecherisches Treiben. (Großer Lärm bei den U. S., Zustimmung und Beifall.) Sie trat für den inneren Frieden ein, dafür ist die Truppe unter allen Umständen unseres Dankes wert. (Großer Lärm bei den U. S., Zurufe: Die Bande muß raus.) Gewalt halten die Unabhängigen auch heute noch immer für ihr Recht, dabei ist es niederträchtige Schandwirtschaft, die Seger und seine Freunde getrieben haben. (Ungeheurer Lärm bei den U. S., große Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Herr Wehrminister, es geht nicht an, daß einem Mitgliede des Hauses Schandwirtschaft vorgeworfen wird. Ich muß das rügen.

Noske fortfahrend: Keine Gemeinheit, Niederträchtigkeit und Lüge, die nicht Tag für Tag die unabhängige Presse gegen die Soldaten ausgesprochen hätte. (Erneuter großer Lärm bei den U. S.: Sind ja Ihre Spitzel, Unruhe.) Die vorgekommenen Ausschreitungen sind lediglich die Folge der

schmählichen Hetze,

die, natürlich außerhalb des Hauses, gegen die Truppe getrieben wurde. Gegen Schuldige sind wir unsererseits in allerstrengster Weise vorgegangen. (Ungeheurer minutenlanger Lärm bei den U. S., Zuruf: Bloß nicht gegen die Mörder. Demonstrativer Beifall sonst im Hause. Die Zurufe auf der äußersten Linken wiederholen sich: Schwindler, Lump, unverschämter Mensch.)

Abg. Seger (U. S.): Der Reichswehrminister hat mir persönlich niederträchtigste Schandwirtschaft vorgeworfen, als wenn ich sie dort begangen hätte. Wenn er jetzt von Verhetzung redet, so tut er nichts anderes, als daß er die elenden Verleumdungen der bürgerlichen Presse wiederholt.

Präsident Fehrenbach: Solche Ausdrücke sind unzulässig. Ich muß Sie rügen.

Seger fortfahrend: Jedes Mittel zur Verleumdung der unabhängigen Sozialdemokraten ist ihm recht. (Lärmender Beifall bei den U. S., Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Wegen des Ausdruckes rufe ich Sie zur Ordnung.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt: Darin sind wohl alle Deutschen mit mir einig, daß der Heldentod auf dem Schlachtfelde vom Massenmord weit entfernt ist, wie der Terror von der Freiheit. Wir alten Offiziere haben geglaubt und glauben heute noch, daß der Offizierberuf wie jeder Beruf im Dienste des Vaterlandes ein Beruf für das Volk ist.

Der Gesetzentwurf wird an die Kommission verwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Reichssiedelungsgesetzes.

Schluß gegen 1½ Uhr. — Nächste Sitzung Montag 3 Uhr. (Verfassungsentwurf.)

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 19. Juli.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

In der Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, sie habe mit ihrem Erlaß über die Entfernung der Hohenzollernbilder aus den Schulen nicht die Politik in die Schule hineingetragen, sondern politisches Treiben in der Schule unterbinden wollen.

Zur Beratung steht die Denkschrift über die Behandlung der

Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Minister Oeser: Die Lohnordnung muß umgestaltet und ein Beharrungszustand herbeigeführt werden. Hier handelt es sich um Ostpreußen, wofür nur 3—4 Millionen erforderlich sind. Wann die Zeit für die allgemeine Neuregelung der Lohnverhältnisse gekommen sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls werden wir zunächst eine weitere Senkung der Lebensmittelpreise abwarten und uns mit Beihilfen und Teuerungszulagen behelfen müssen. Mit Kohlen für den Winter sind wir noch nicht versorgt. Wir sehen dem Winter mit großen Sorgen entgegen, wenn nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder einkehrt. (Beifall.)

Abg. Schubert (Soz.) empfiehlt einen von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten eingebrachten Antrag, der die von der Regierung unter Anforderung großer Mittel unternommenen Schritte zur Senkung der Volksernährungskosten billigt, die Regierung ersucht, an den jetzigen Löhnen solange nichts zu ändern, bis nach Vereinbarung mit den Berufsvereinigungen eine neue Lohnregelung einsetzt und die alsbaldige Errichtung eines Lohnamtes für erforderlich erklärt.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Geben Sie den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, dann wird auch Arbeitsfreudigkeit wieder einkehren.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag auf

Errichtung einer Provinz Oberschlesien

wird an einen Ausschuß verwiesen, ein Antrag Dr. Heß (Ztr.) betr. die Forderung des Volkshochschulwesens wird angenommen.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird die Vorlage über Maßnahmen anläßlich der Gebietsbesetzungen und der Ausführung des Friedensvertrages.

Darauf wird die zweite Etatsberatung beim

Ministerium des Innern

fortgesetzt und beendet.

Der Etat wird angenommen.

Die Abstimmung über die Anträge wird erst nach den Ferien stattfinden. Die Entschließung des Ausschusses zugunsten einer Fürsorge für die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen und die Flüchtlinge aus dem Osten wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung spätestens am 16. September.

Schluß 4¼ Uhr.

Merseburg und Umgegend.

21. Juli.

3. Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen in Merseburg vom 15. Juli bis 8. August im Jugendheim „Herzog Christian“ in Merseburg.

1. Woche.

Medizinalrat Dr. Bundt-Halle hielt zunächst 4 Vorträge über die „Ärztliche Fürsorge für die heranwachsende Jugend“. In der Einleitung wies der Vortragende darauf hin, welche großen Verluste an Körperkraft, Krieg und Blockade von dem deutschen Volke gefordert haben. Ausländische Agenten seien entsetzt über das Aussehen des deutschen Volkes, die Sterblichkeit der Schwindsüchtigen hat in Halle um 150 Prozent im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege zugenommen. 4½ Millionen Verluste hat uns der Krieg gebracht. Trotzdem sollen wir den Mut zum Aufbau unseres Volkes nicht verlieren. Zielbewußte beharrliche Arbeit an der körperlichen und geistigen Gesundung und Erstarkung unseres Volkes werden uns wieder emporführen.

Der Vortragende schilderte dann die Entwickelungsperiode der Jugendlichen, die jetzt der besonderen Pflege nach der körperlichen und geistigen Seite bedürfen. Auf die Veränderungen, die in den Jugendlichen in der Pubertätszeit vor sich gehen (schnelles Wachstum der äußeren und inneren Organe, die Geschlechtsreife) ging der Vortragende ausführlich ein. Sodann sprach er über die Krankheiten, von denen die Jugendlichen in der Entwicklungszeit besonders heimgesucht werden (Bleichsucht, Blutarmut, Jugendirresein, Hysterie, Neurasthenie, Drüsenerkrankung, Tuberkulose, Rückgratsverkrümmung, Geschlechtskrankheiten). Des weiteren wurden die Schädigungen durch schlechte hygienische Verhältnisse: unzweckmäßige Wohnung, Ernährung, Kleidung, Mißbrauch des Nikotins und Alkohols, schädigende Vergnügungen (Tanzen in staubigen, rauchigen Räumen) erörtert. Ferner sprach er über die Gewerbehygiene, sexuelle Aufklärung und die Bedeutung des Turnens und des Sportes für die Entwickelungszeit der Jugendlichen. — Diesem Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an; ferner wurde in den Übungsstunden das Thema dadurch noch weiter erörtert, daß die Teilnehmer Pfarrer Dr. Barthauer in Heldrungen, Lehrer Weidel-Gräfenhainichen, Lehrer Schinkel in Rödgen bei Eilenburg über den in die Hefte für die Pflege der weiblichen Jugend abgedruckten Aufsatz Dr. Bundts: „Das Weib in seiner Entwicklung“ berichteten.

Turnlehrer Frohne-Merseburg hielt einen Vortrag über „Die Bedeutung der Leibesübungen für die heranwachsende Jugend“. Nachdem er über die physiologische Entwicklung der Leibesübungen gesprochen hatte, legte er ihre Bedeutung für den Einzelnen, die Familie, das ganze Volk dar. Dann gab er eine Einteilung der turnerischen und sportlichen Übungen und wies ihre segensreichen Wirkungen auf die Atmungsorgane, Knochen, Nerven, Verdauungsorgane nach. Praktisch wurden die Teilnehmer des Lehrganges mit den Jugendspielen und turnerischen Übungen unter Leitung des Turnlehrers Frohne an zwei Tagen bekannt gemacht.

Über die Bedeutung des Rudersportes für die heranwachsende Jugend sprach Oberlehrer Dr. Taube. Einleitend führte er aus, daß die Landesturnanstalt in Spandau in den Betrieb der Leibesübungen schon vor längerer Zeit auch das Rudern aufgenommen habe. Turnvater Jahn habe bereits alle in Frage kommenden Zweige der Leibesübungen betont. Hätte man seinem Rate gefolgt, wäre manche unheilvolle Zersplitterung auf dem Gebiete der Leibesübungen verhütet worden. Der Vortragende schilderte dann die Vorzüge des kunstgerechten Ruderns auf dem staubfreien Wasser, mit guter, reiner Luft, unter leichter Kleidung, in der die Glieder sich dehnen und strecken können. Auch auf kränkliche Jungen übt das Rudern einen heilsamen Einfluß aus. Von Bedeutung ist auch der ethische Wert des Ruderns (Freundschaftsband zwischen Erzieher und Zögling, Kennenlernen von Natur, Land und Leuten, Erziehung zur Selbstbeherrschung usw.). Redner empfiehlt in erster Linie das Wander- und nicht das Rennrudern. — In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß gerade im Regierungsbezirk Merseburg viel Gelegenheit zur Pflege des Ruderns vorhanden sei. — Außer der Aussprache wurden beide Vorträge durch Übungsstunden ergänzt, in denen Frl. Kettenbeil-Naumburg, Lehrer Ihlenberg-Naundorf (Kr. Torgau) und Lehrer Liebmann-Klein-Wölkau über die „Körperliche Erziehung der weiblichen Jugend“ Bericht gaben.

Über die Bedeutung der „Handfertigkeiten für die Jugenderziehung“ sprachen Lehrer Wachsmuth-Ammendorf und Frau Dänicke-Weißenfels, ersterer für die männliche, letztere für die weibliche Jugend. An zahlreichen, schönen Modellen zeigten beide, wie der Handfertigkeitsunterricht Geschicklichkeit und Geschmack bilden und auch von praktischem Nutzen sind. In der Aussprache wurde noch darauf hingewiesen, wie die Handfertigkeiten die Sinne bilden, die Freude am Schaffen fördern und darum ein wirksames Mittel sind, die gefährlichen Folgen der oft monotonen Arbeit im gewerblichen Leben aufzuheben. Auch hält die Jugendwerkstatt die Jugendlichen von manchem unnützen Treiben ab.

Eine Anzahl der Teilnehmer wird in der neu eingerichteten Jugendwerkstatt im „Herzog Christian“ durch Lehrer Wachsmuth in den Handfertigkeiten praktisch unterwiesen. Oberlehrer Hemprich hielt Vorträge über Jugendkunde und Jugendphysiologie. Er schildert die den Jugendlichen in dem Pubertätsalter eigentümlichen seelischen Zustände (Großmannsucht, Selbstüberschätzung, Empfindlichkeit, Eitelkeit). Im Entwicklungsalter ist ein Chaos von Widersprüchen in der jugendlichen Psyche festzustellen. Auf die sexuelle Not und die religiösen Zweifel der Jugendlichen ging der Vortragende ausführlicher ein und zeigte, wie der Jugendpfleger ihnen der rechte Führer sein soll.

Unter Führung von Oberlehrer Dr. Taube besichtigten die Teilnehmer des Lehrganges den Dom und das Heimatmuseum. Auch besuchten sie einige Jugendvereine Merseburgs in ihren Abendversammlungen und sportlichen Veranstaltungen (Verein junger Mädchen, Männer-Turnverein, Jungfrauenverein Altenburg).

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lachend fuhr er mit der Hand über Karls neue schöne Mütze.

„Na, nun trolle dich nach Hause zu Muttern, Karl. Sag ihr einen schönen Gruß und du wärst ein Prachtkerl.“

„Ich danke auch noch viele Male, gnädiger Herr!“ rief Karl strahlend.

„Ist schon gut, mein Sohn!“ antwortete Günter.

„Adieu, gnädiger Herr! Jetzt fliege ich zu Muttern, was ich kann.“

„Na, na, nur langsam, Knirps, mit dem schweren Paket.“

Karl setzte sich vergnügt in Bewegung. Trotz der schweren Last pfiff er zu seinen energischen Schritten einen lustigen Marsch.

Lächelnd ging Günter seines Wegs. Er führte ihn an Juttas Wohnung vorüber. Und da blieb er einen Augenblick stehen und sah zu den erleuchteten Fenstern des Wohnzimmers empor. Er rechnete aus, daß diese Fenster nicht zu ihrem Arbeitszimmer gehören konnten.

„Sie sitzt wohl bei der kranken Mutter“, dachte er.

Dann rückte er sich straff empor. Um seinen Mund grub sich scharf der herbe, sarkastische Zug.

„Ich stehe wahrhaftig hier wie ein verliebter Tertianer vor dem Fenster der Angebetenen. Schade, daß Frau Lolo das nicht sehen kann,“ verspottete er sich selbst.

Schnell schritt er davon.

In seiner Junggesellenwohnung angelangt, die aus einem Schlaf- und einem Arbeitszimmer bestand, welche er einer Beamtenwitwe abgemietet hatte, legte er seine Überkleider ab und trat an seinen Schreibtisch.

Günter von Hohenegg war wirklich nicht mit Glücksgütern gesegnet. Frühzeitig auf eigene Füße gestellt, lebte er von den Erträgnissen seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Er war ein gern gelesener Feuilletonist, und seine eleganten, geistvollen Plaudereien, die immer ein Körnchen ernster Lebensweisheit enthielten und mit Humor und Sarkasmus gewürzt waren, wurden gern von den besten Zeitungen akzeptiert. Sie wurden auch gut bezahlt, aber ein Vermögen konnte er damit nicht verdienen. Er lebte ganz angenehm von seinen Einnahmen, konnte jedoch nur wenig zurücklegen.

Weil er für seinen Unterhalt arbeiten mußte, fehlten ihm Zeit und Ruhe, sich in eine größere Arbeit zu vertiefen, obgleich er brennend wünschte, eine schwere Aufgabe zu lösen. Sein ersehntes Ziel war, sich soviel Geld zu sparen, daß er einmal für längere Zeit der Sorge ums tägliche Brot enthoben war. Dann wollte er sich vom lauten Alltagsleben zurückziehen und einige Jahre in Stille und Einsamkeit arbeiten. Es war auch manches Werk schon in großen Umrissen skizzenhaft von ihm aufgezeichnet worden. Diese Entwürfe harrten in seinem Schreibtisch der Ausarbeitung.

Wenn er an diese ersehnten, ungestörten Arbeitsjahre dachte, dann stand immer das alte, halbverfallene Herrenhaus vor ihm: das Stammhaus seines Geschlechts, das Udo von Hohenegg in der Blütezeit des Barock hatte erbauen lassen; es war im Jahre 1670.

Dieses ziemlich baufällige Gebäude war das einzige Erbteil, das sein Vater ihm hinterlassen hatte. Der ganze übrige Besitz der Hoheneggs war in andere Hände gekommen. Für den Sohn des verarmten Vaters wäre auch dieses Gebäude kaum übrig geblieben, wenn die Gläubiger bei dem Zusammenbruch es nicht als ziemlich wertlos Günters Vater als Zufluchtsort überlassen hätten.

Jahrhundertelang hatte es das Geschlecht der Hoheneggs bewohnt, bis Günters Urgroßvater im Jahre 1820 ein neues, schloßartiges Gebäude hatte aufführen lassen, um der Prachtliebe seiner heißgeliebten Gattin, einer Gräfin Rittberg, der es im alten Hause nicht mehr gefiel, Rechnung zu tragen.

Seit dieser Zeit war das alte Herrenhaus nicht mehr recht gepflegt worden. Die Herrschaft zog damals in das neue Schloß, das sich, etwa eine Viertelstunde von dem alten entfernt, mit seinen schlanken Türmen über den bescheideneren Vorgänger stolz erhob. Im alten Haus wurden der Verwalter und andere Beamte einlogiert. Die kostbarsten Möbel, die ins neue Haus kamen, wurden durch einfache ersetzt, wo es nötig war. Wertlos erscheinende alte Sachen wurden auf den Speicher geräumt, und niemand kümmerte sich mehr darum.

Seitdem war es mit den Hoheneggs in Saus und Braus stark abwärts gegangen. Schon Günters Vater hatte fast nichts als Schulden geerbt. Er war nicht der Mann gewesen, das Gut wieder emporzubringen. Er war ein schwächlicher Charakter, der noch vergeudete, was er erraffen konnte. Günters Mutter hatte vergeblich noch zu retten versucht, was zu retten war. Die kluge, energische Frau, deren Charakter Günter geerbt hatte, war schließlich im erfolglosen Kampfe zusammengebrochen, als Günter 16 Jahre zählte. Da war dem Vater der letzte Halt verloren gegangen. Hohenegg war unter den Hammer gekommen — nur das alte Herrenhaus war von der Versteigerung ausgeschlossen worden. Die Beamten hatten es geräumt, als Günters Vater starb. Es stand nun leer. Nur die alten Möbel und Geräte befanden sich noch auf dem Speicher. Damit ließen sich schon einige Zimmer, notdürftig ausstatten, wenn es sein mußte.

Schon vor des Vaters Tode hatte Günter Hohenegg verlassen, um sich auf eigene Füße zu stellen. Ein kleines Legat, das eine Tante seiner Mutter ihm hinterlassen, hatte es ihm ermöglicht, zu studieren. Er hatte das Doktor-Examen gemacht und war Schriftsteller geworden.

Wenn er daran dachte, daß er sich eines Tages zu ernster Arbeit in die Einsamkeit zurückziehen würde, dann sah er sich in dem alten Herrenhaus von Hohenegg sitzen. Dort in dem hübschen Barockgebäude mit der wunderlichen verschnörkelten Fassade, die selbst im Verfall noch malerisch wirkte, dort hoffte er Ruhe und Stimmung zu finden, obgleich ihn sonst nichts nach der Heimat zog, die ihm fremd geworden war.

Aber erst mußte er einige tausend Mark sparen, damit er ein paar Jahre nicht auf Verdienst zu rechnen brauchte. Das Leben auf dem Lande würde ja nicht teuer sein, er wußte schon, wie er sich alles einrichten würde. Nur das Geld mußte er erst beisammen haben.

Aber mit dem Sparen ging es langsam — sehr langsam. Ein wenig war er doch der Sproß seines Geschlechtes geblieben, die Vorliebe für Eleganz und Behagen, für ästhetischen Lebensgenuß lag ihm im Blute. Es erschien ihm so manches unentbehrlich, was er wohl hätte entbehren können, um schneller zum Ziel zu gelangen.

So wartete er noch, bis seine Zeit gekommen sein würde. Er fühlte mit froher Gewißheit, daß er Schätze in sich barg, die er nur zu heben brauchte.

Jetzt studierte er das Leben an der Quelle. Das erschien ihm nötig, ehe er mit einem großen Werke begann.

Seine kleine Junggesellenwohnung war elegant und behaglich eingerichtet. Die Wirtin sorgte für Ordnung und Sauberkeit, kochte auch zuweilen für Günter, wenn er von seiner Arbeit nicht fort konnte. Meist nahm er seine Mahlzeiten jedoch in einem Restaurant. Er war auch viel eingeladen.

Heute abend wurde er wieder bei Wengerns erwartet. Aber er wollte nicht früher dort erscheinen, als bis er den Hausherrn daheim wußte. Fritz von Wengern war Rechtsanwalt und hatte schon jetzt einen Teil der Praxis seines Vaters übernommen, der sich in einigen Jahren ganz zur Ruhe setzen wollte. Fritz sollte sich erst genügend einarbeiten. Das tat er auch mit der Gewissenhaftigkeit seines zuverlässigen Charakters, trotzdem sein Vater ein bedeutendes Vermögen verdient und seine Frau eine große Mitgift in die Ehe gebracht hatte. Er kam nicht sehr zeitig aus seinem Bureau nach Hause, das wußte Günter nun schon aus Erfahrung.

So setzte er sich erst noch an den Schreibtisch, um noch eine Weile zu arbeiten. Aber er kam heute nicht in Fluß. Immer wieder sah er zu der kleinen Skizze empor. Das Stückchen Waldfrieden, das Juttas Hand auf das Papier gezaubert hatte, zog ihn an. Es kam ihm so seltsam vertraut vor.

Wo habe ich das nur schon gesehen? dachte er immer wieder.

Schließlich lehnte er sich zurück, in stilles Anschauen des Bildchens versunken. Er sah das Bild wachsen — es wurde größer, so, als schaute er in die wirkliche Landschaft hinein. Wie ein Traum kam es über ihn.

Da standen die alten prachtvollen Buchen mit den dichten Blätterkronen. Nur hier und da fiel ein Sonnenstrahl durch das vom Wind bewegte Laub und huschte hin und her. Vögel sangen in den Zweigen, Insekten schwirrten spielend durch die Luft, wie auf der Jagd nach dem tanzenden Sonnenstrahl.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0005

Kammer-Lichtspiele.

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Wolkenbau und Flimmerstern!

Prächtiger Filmschwank in 4 Akten mit Reffel Orla.

Max Landas 2. Abenteuer

Mitternacht!

Berühmtes Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.

Hierzu ein prächtiges Beiprogramm.
Anfang 7½ Uhr.

Buchdrucker-Verein

Gutenberg D. d. V. D.

Sonntag, 27. Juli im „Neuen Schützenhaus"

Johannisfest-Feier.

Ab 3 Uhr: Konzert: Görlach-Kapelle aus Halle.
Preis-Schießen, „Quadräteln, „Kegeln, Verlosg., Kinder-Polonaise rc. Tanz.
/-/ Ab 7 Uhr: Fest-Ball. /-/
Mitglieder und Gäste ladet hierzu höfl. ein Der Vergnügungsausschuß.

Bei ungünstigem Wetter wird das Fest im Saale abgehalten.

Tivoli-Theater Merseburg.

Direktion: A. Dechant.

Dienstag, den 22. Juli 1919, abends ½8 Uhr:
Auf vielseitiges Wunsch!
Schwarzwaldmädel.
Operette in 3 Akten von Jessel.

Donnerstag, den 24. Juli 1919, abends ½8 Uhr:
Zum ersten Male!
Kümmelblättchen.
Lustspiel in 3 Akten von Johanne Doerner.

Cinophon-Theater

Gr. Ritterstr. 1 Fernruf 215

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Verzweifeltes Ringen

Ein Drama von seltener Spannung in 4 Akten. In den Hauptrollen: Ludwig Andersen u. Tatjana Irrah

Die Rache / / /

/ / des Avenarius

Drama in 3 Akten mit Lotte Neumann

/ Papa Krause /

Reizendes Lustspiel in 2 Akten

Pa. amerik. Speck. 15,80 pro Pfund, pa. amer. Schweineschmalz 16,50 pro Pfd

beides erstklassig, gibt jedes Quantum ab **Städt. Kurverwaltung Friedrichroda, Thüringen,** Sommer- und Winterkurort — — Prospekt kostenlos

---

G. V. M.

Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr

geselliges Beisammensein

der Vereinsmitglieder mit Damen im Ratskeller. Der Vorstand.

2-Familien-Wohnhaus

mit Garten — in besserer Lage — zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter 207 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gärtnerei oder Grundstück

mit einigen Morgen Feld, welches sich zur Gärtnerei eignet, sucht Hüne, Beiderseß bei Wallwitz.

Kl. Gut

bis 20 Morgen mit lebend. und tot. Inventar zu kaufen gesucht bei 20000 Mk. Anzahlung.

Offerten unter U B 8965 an **Rudolf Mosse, Halle,** erbeten.

Wir suchen

:: Häuser ::

mit und ohne Geschäft, Villen, Fabriken, Höfe u. Landstellen an allen Orten zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Geben Sie unserem Vertreter **G. Bärwald,** Merseburg, Hotel Goldene Sonne, zwecks kostenloser Besichtigung sofort schriftlich Nachricht. Direktion: **C. H. Hülsse & Co., Hannover.**

In **Halle Saale, Leipzigerstr. 5, II,** habe ich eine

Röntgen-Anstalt

für **Haut- u. Tiefen-Bestrahlungen, Durchleuchtungen** und **Aufnahmen** eingerichtet.

Sprechstd.: 4–6 Uhr. Fernruf 5075 u. 3125 (Wohnung).

Dr. med. Hermann Kuhn.

Gustav Winkler Nachfl.

Merseburg.

Holzhandlung Fernruf 328. **Sägewerk**

hat zur sofortigen Verladung ab bayerischen Sägewerken abzugeben:

Kiefern- und Fichten-Schnittmaterial, Kiefern-, Fichten- u. Tannen-Blochware, in allen Stärken, Längen und Breiten, riss- und blaufrei und zum grössten Teil trocken. Ia Material für Möbelfabriken und Tischlereien.

Kiefern- und Fichtenbretter, in allen Stärken, Längen und Breiten, faul- und bruchfrei.

Kistenbretter, Bauhölzer und Bohlen bis zu den schwersten Dimensionen.

Ausschußdielen, Hobelbretter und Latten.

Rotbuchen-Schnittmaterial, trocken, in allen Stärken, bis 70 cm Durchmesser.

Laubhölzer aller Art, rund und geschnitten.

Spezialität: Eiche.

Ortsverwaltung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten.

Techn. Verein zu Merseburg, e. V.

Mittwoch, den 23. Juli 1919, nachm. 3½ Uhr **Besichtigung der Bauausführungen in der Kolonie Rössen.** Abfahrt mit der elektrischen Fernbahn 3 Uhr nachm. Gäste, auch Damen, sind willkommen.

Die Vorstände.

Heirats-Gesuch.

Junger Mann wünscht mit Fräulein oder junger Witwe von 25—32 Jahren Bekanntschaft zwecks Heirat; Einheirat angenehm. Zuschriften erbitte nach Dürrenberg, Bahnhofstraße 34, im Geschäft.

Tüchtige Möbeltischler

werden bei hohem Lohn sofort eingestellt

Zellin-Sperrholz-Möbelwerk
Markranstädt.

Bei

Gicht u. Rheumatismus

Blutarmut. Appetitlosigkeit. überhaupt bei allen Schwächen und Krankheiten des Blutes ist Dr. Schuberts

Rhostikon

sehr zu empfehlen. Zu haben in der **Dom- u. Stadtapotheke** zu Merseburg.

Anlegerin

für Buchdruckpressen,

Mädchen

14—16jährig, für leichte Fabrikarbeit gesucht.

C. Görling, G. m. b. H.

Verreist!

Dr. med. Boettcher,
Arzt.

Lernende

für das Schirmfach gesucht

Ww. Marie Müller
Burgstraße 6.

Zucker- sowie Trockenschnitzel, Torfmull

u. mehrere Waggon **Stroh u. Heu** hat preiswert abzugeben

Willy Schneider,
Mücheln, Bez. Halle a. S.
Telephon 4 und 92.

Jung anständ. Mädchen

als Stütze im Haushalt, welches sich auch im Ladengeschäft ausbilden kann, per sofort gesucht.

Gotthardtstraße 4.

Ordentl. Dienstmädchen

sucht per 1. August

Frau H. Seyffert,
Kleine Ritterstraße 18.

Richters Kaffee

frisch eingetroffen bei

Paul Scheunert
Entenplan 4.

Ordtl. Dienstmädch.

nicht unter 16 Jahr. für 1. Aug. gesucht.

Frau Else Birth, Körbisdorf.

Aufwartung

f. Mittwoch u. Sonnabend Vormittag gesucht. Zu erfr. i. d. Exp.

Schwarzer Rock (Cutaway) u. gestreifte Hose (neu), Stoff zu Herrenanzug zu verkaufen. Näheres bei Frau **Hasse,** Gr. Ritterstr. 13, Gartenhaus.

Dunkle seidene Bluse (neu) zu verkaufen Hälterstr. 3.

Ein Paar gut erhalt. **Damen-Halbschuhe** (Größe 39) zu verkaufen

Gutenbergstraße 14, pt. l.

Trauring (14 kar. Gold) zu zu verk. Off. mit Preisang. unt. LK 210 an die Exp.

Ein weißer **Korb-Kinderwagen** zu verkaufen. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

---

1 **Kinderbett** m. Matratze, 1 neuer steifer Herrenfilzhut (W. 57), 1 neuer schw. D.-Velourhut zu verk. O.-Altenburg 8 II

Metallbetten,

Stahldrahtmatratzen, Kinderbett. Polster an Jedermann. Katal. frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl-Thür.

Fahrrad mit Gummibereifung zu verkaufen Roßmarkt 2.

Ein Küchenofen zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp.

---

2 große Oleander zu verkaufen Teichstraße 33.

Eine neue Laube ist veränderungshalber so bald wie mögl. zu verkaufen. Zu erfr. Kolonie Rössen, Merseburgerstr. 21.

Ein Getreide-Mähapparat (Handablage) für Gras-Mähmaschinen, fast neu, hat preiswert abzug. Dittrich, Breitestr. 22.

Gut trockene Rapskappen aus vorjähriger Ernte verkauft Rittergut Lößen b. Merseburg.

Rapsstroh

gibt ab

Rudloff, Atzendorf.

Stroh

verkaufen in größeren Mengen **Gebr. Nagel,** Frankleben.

Einige Fuhren **Raps- und Gerstenstroh** verkauft Bischdorf 4.

Futterfeste Ferkel hat abzugeben Bläßten 32.

Frische Schotenerbsen

Massen-Verkauf.

10 Pfund 3,50 Mark.
100 Pfund 30,00 Mark.

Richard Schumann, Lauchstedter Str. 21

Teleph. 538. **Obst- und Gemüse-Großhandlung.** Teleph. 538.

Handarbeiten,

gezeichnet, angefangen, fertig, in

Weiß- und Buntstickerei,

nur gute Leinenstoffe, in reicher :: Auswahl wieder vorrätig. ::

Stoffe – Garne – Stickseiden

:: in größter Auswahl. ::

Komplette Küchengarnituren

:: in Leinen wieder vorrätig. ::

Extra-Arbeitsstube für Aufzeichnungen jeder Art, sowie Kleider- u. Blusenstücken

G. Hoffmann,

Tel. 464. Inh.: Bernh. Taitza. Markt 19.

: Hemden- und :
Lousianna-Tuche

in bestbewährtesten Fabrikaten, 70—90 cm breit in den Preislagen

von Mark 3,75 bis Mark 15,—

Täglich eingehende solide Qualitäten in:

Baumwoll- und Leinenwaren
wie Roh-Nessel, – Hemden-Barchente – Flanelle – Inletts in verschied. Breiten – Schürzenstoffe usw.

zu niedrigsten Tagespreisen bei

Otto Dobkowitz

*** Zöpfe ***

Unterlagen in allen Farben vorrätig.

Haar-Netze

einfach und doppelt, extra große.

Otto Stiebritz,
Gotthardtstraße 32.

Nachtwächter,

energischer, zuverlässiger Mann, zur Bewachung unserer Baustellen an der Bismarckstraße sofort gesucht. Meldung im Stadtbauamt. **Merseburger Baugesellschaft.**

Gesundung durch Sauerstoff!

Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei

Nerven- und Stoffwechselleiden

Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden usw.

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Eingearbeitete

Armaturen-
: Schlosser :

sofort gesucht. Meldungen beim Pförtner.

Blancke-Werke Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 160 — **Dienstag, den 22. Juli 1919.** — **46. Jahrg.**

Parteitag der Deutschen demokratischen Partei.

Berlin, 19. Juli 1919.

Der erste Parteitag der Deutschen demokratischen Partei trat heute nachmittag 4 Uhr in Berlin im großen Saal der Philharmonie zusammen. Die Beteiligung war außerordentlich groß.

Minister Fischbeck eröffnete im Namen des bisherigen einstweiligen Vorstandes den Parteitag. Die neue demokratische Partei sei aus der Revolution geboren, habe sich sofort auf den Boden der neuen republikanischen Staatsform gestellt und alle Macht für das souveräne Volk gefordert. Der Wille des Volkes, des ganzen Volkes sollte entscheiden. An die Stelle der einen Klasse sollte nicht die einseitige Herrschaft einer anderen Klasse treten. Der Ruf zum Wiederaufbau des Vaterlandes, auf demokratischer Grundlage eine neue Partei zu bilden, fand im November ein tausendfaches Echo im Lande. Nach Revolutionsrecht wurde ein einstweiliger Vorstand und ein einstweiliger Geschäftsführender Ausschuß eingesetzt, der sofort die notwendigen Arbeiten tatkräftig in die Hand nehmen konnte. Wir drängten auf Wahlen zur Nationalversammlung, damit der Wille des gesamten Volkes sich kundtun und entscheiden solle. Im Reich und in den Einzelstaaten ist die Partei zu einer Stärke gelangt, die bestimmenden Einfluß auf die Besetzung der Regierung nehmen konnte. Äußere widrige Umstände haben es verhindert, daß der Parteitag früher abgehalten wurde. Der starke Besuch zeigt, daß die Behauptung unserer Gegner, die demokratische Partei verfalle, unwahr ist. Wir sehen hier manchen Kampfgenossen, dessen Heimat von unserem Vaterland losgerissen werden wird. Sie wollen hier für ihr Deutschtum zeugen. (Lebhafter Beifall.) Wir glauben an den Tag, an dem die Feinde das an uns begangene Unrecht einsehen und der Gerechtigkeit wieder eine Stätte bereiten werden. (Lebhafter Beifall.) Und nun Glück auf zur Arbeit. Namens des vorläufigen Vorstandes lege ich die Befugnisse, die wir bisher hatten, in Ihre Hände. (Lebhafter Beifall.)

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt die Herren: Dr. Marwitz, Abg. Jansen und Koch-Stadthagen.

Zum

Vorsitzenden des Parteitages

wurde Oberbürgermeister Koch-Kassel gewählt, zu Stellvertretern mit gleichen Rechten der Vizepräsident der Preußischen Landesversammlung Dr. Frentzel, das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Gertrud Bäumer, Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Gerland und Abg. Dr. Dirr-München. Zu Beisitzern wurden gewählt: Merten-Berlin, Pick aus dem Saargebiet, Abg. Schmidthals, Dr. Herrmann-Danzig und Abg. Herrmann-Reutlingen. Zu Schriftführern wurden gewählt: Geheimrat Dr. Schreiber und Dr. Ißberner.

Oberbürgermeister Koch

wies nach Übernahme des Vorsitzes auf die große Arbeit des Parteitages hin, der in drei kargen Tagen, in einer Zeit hoch gehender politischer Strömungen der Partei Richtung, Programm und Satzung geben soll. Die Partei sei zum Aufbau der Zukunft unseres Vaterlandes in erster Reihe berufen. Diese Zukunft kann nicht von Parteien gestaltet werden, die hypnotisiert auf die Vergangenheit starren (Sehr richtig!), nicht von Parteien, die unter dem Druck eines religiösen oder wirtschaftlichen Dogmas stehen und hiervon in ihren Entschließungen beherrscht werden, auch nicht von Parteien, die sich einseitig aus einer Klasse der Bevölkerung zusammensetzen, sondern von einer Partei, die ihre Wurzeln in allen Schichten hat, die auf der Grundlage demokratischer, nationaler und sozialer Gesinnung zusammenarbeiten. Uns trennen wohl Nuancen der Auffassungen, nichts Grundsätzliches. Unsere Partei kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie als große Partei zusammenhält und ohne Ablenkungsbedürfnis ihren Weg sich suchen kann. Eine kleine Partei ist einflußlos. Wer sich grollend von der Partei trennt, braucht Anlehnung. Wir wollen Meinungsverschiedenheiten, die unter denkenden Menschen unausbleiblich sind, hier austragen, aber die große einheitliche Linie festhalten. (Beifall und Händeklatschen.)

Direktor Merten-Berlin begrüßte die Delegierten im Namen der Berliner Parteifreunde, die sich freuen, daß der erste Parteitag in den Mauern Berlins stattfindet. Die Verhandlungen mögen getragen sein vom Geist der Eintracht, vom Willen zur Macht und dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber unserm schwergeprüften Vaterlande. (Beifall.)

Geschäftsbericht der Parteileitung.

Abg. Nuschke erstattet darauf den Geschäftsbericht der Parteileitung. Er geht zunächst auf Zeit und Umstände der Gründung der neuen Partei ein, die Idee der Neugründung sei unmittelbar nach der Revolution von einer Anzahl jüngerer Kräfte in die Öffentlichkeit geworfen worden, gleichzeitig z. T. auch schon vor der Revolution hatten sich die parlamentarischen Vertretungen der liberalen Parteien zu Besprechungen zusammengefunden zu dem Zweck, eine einheitliche liberale Partei zu schaffen. Das Streben nach einer großen einflußreichen liberalen Partei machte sich in allen großen Städten bemerkbar. Am 16. November v. J. wurde der demokratische Aufruf veröffentlicht. Nie- [illegible] Stellung erhalten, der [illegible] ers in der Frage des [illegible] sigem Boden gestanden, [illegible] n ungehemmten U-Boot- [illegible] ch Veröffentlichung des [illegible] rtschrittliche Volkspartei [illegible] beralen ebenfalls. Aber [illegible] die Grundsätze des Auf- [illegible] hwenkung. Stresemann [illegible] e Volkspartei, doch die [illegible] e demokratische Vereini- [illegible] ne völlig neue Partei, [illegible] r die Fusionierung der [illegible] Was Fürst Talleyrand [illegible] kratzen und der Tartar. [illegible] ucht bei ihr den Kultur- [illegible] vative Sünder steht in [illegible] Volkspartei ist nur die [illegible] schen Nationalliberalen. [illegible] Wahlen nur 4,4 Proz.

[illegible] nd Wahlvorbereitungen [illegible] Kandidaten aufstellen, [illegible] Parteileitung besprechen. [illegible] bstbestimmungsrecht der [illegible] (Lebhafter Beifall.) [illegible] e eine Listenverbindung

[illegible] tsstelle

[illegible] mt durch die Verkehrs- [illegible] Personal an geordneter [illegible] blätter wurden von den [illegible] mokratische Kandidaten [illegible] brauchten Flugblätter, [illegible] schwierig. Die Partei [illegible] t werden, daß sie nicht in die Abhängigkeit wohlmeinender Kapitalisten oder gar Interessenten gerät. (Lebhafter Beifall.) Wir haben 30 Flugblätter allgemeinen Inhalts in einer Auflage von 10 670 000 und 33 Flugblätter an die Frauen in einer Auflage von 48 000 000 verbreitet. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielten wir 3 641 825 Stimmen und 74 Mandate. Dazu kam ein Hospitant.

In Wahrheit ist die demokratische Partei die stärkste bürgerliche Partei. Nur dadurch, daß in den Zentrumsstimmen auch die welfischen enthalten sind und die Partei Listenverbindungen einging, hat sie mehr Mandate. Die Zusammensetzung der Fraktion zeigt, daß wir in allen Schichten vertreten sind.

Der Hauptvorstand ist bei allen wichtigen grundsätzlichen Angelegenheiten zusammengetreten, am 7. Januar zur Besprechung der Wahltaktik, am 4. Februar zur Besprechung der Regierungsbildung, am 12. und 13. April zur Besprechung des Satzungsentwurfs und des Wahlmodus, am 11. Mai zur Besprechung der Unannehmbarkeit des Friedensvertrages und der Gegenvorschläge. Der Geschäftsführende Ausschuß hat bisher 28 Sitzungen abgehalten, im wesentlichen geschäftlicher, insbesondere finanzieller Natur. Die Partei besitzt jetzt 2 042 Ortsgruppen und 73 Kreis- und 10 Bezirksverbände. Ihre Mitgliederzahl beträgt 787 946 Mitglieder. Es fehlen noch zum größten Teil die Angaben aus den besetzten Gebieten. Man darf mit rund

900 000 organisierten Mitgliedern rechnen.

(Bravo!), nein, das ist bei 5½ Millionen Wählern viel zu wenig. Die Mitgliederzahl muß verdoppelt und verdreifacht werden durch intensive Arbeit, durch Ausbau der Organisation, damit, um das Wort des Abg. Dr. v. Delbrück auf dem Parteitag der Deutschnationalen zu variieren, die Reaktion dauernd unter den Füßen der Freiheitsparteien bleibe. (Lebhafter Beifall.)

Wir bitten Sie nun um Identität. Dem konstituierenden Parteitag kommt es jetzt an, seine Spitze, seine Leitung zu wählen, wir haben Riesenaufgaben zu erfüllen. Keiner darf zurückbleiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Den Bericht der Fraktion der Nationalversammlung

erstattet Petersen-Hamburg. Er führt aus: Die Politik ist noch niemals so sehr die Politik des Möglichen und Nützlichen gewesen, wie in den ersten Monaten der Nationalversammlung. Der Krieg wurde in der Form der Waffenstillstandsbedingungen weiter geführt. Die Hungerblockade zermürbte das Volk weiter, die Arbeit lag darnieder, Rohstoffe fehlten, die Arbeiter kamen aus dem Felde entwöhnt geordneter Arbeit und wollten teilhaben an den Kriegsgewinnen der Heimat, Streiklust grassierte. Die Nationalversammlung hatte zwar das höchste Recht, aber geringe Macht. Die Machtzentren der Revolutionäre und Kommunisten hinderten sie, eine unitarische Verfassung in großem Wurf zu schaffen. Von der deutschen Armee, die einer Welt Widerstand geleistet hatte, war auch nicht eine Kompagnie zurückgeblieben, auf die sich die Regierung verlassen konnte. Man war auf Kompromisse mit den Tatsachen, mit den Parteien angewiesen. Auf solchem Boden kann keine großzügige Politik getrieben werden.

Wir haben vielfach Kritik erfahren, besonders in drei Punkten: Notverfassung, Sozialisierungsgesetz, Maifeiertag. Zurzeit, als wir die Notverfassung zustande bringen mußten, war ein Balanzieren notwendig. Der Partikularismus war stark.

Ein Eisner z. B. hätte auf eine unitarische Verfassung gepfiffen, aber die Ideen unseres Parteifreundes Preuß nahmen jetzt wirkliche Gestalt an. Was das Sozialisierungsgesetz anlangt, so hat es Mühe gekostet, die Bestimmung hineinzubringen, daß das Eigentum nur gegen Entschädigung expropriiert werden darf. Den 1. Mai als Feiertag hat niemand von uns bewilligt. Aber wir wollten vermeiden, daß dieser Feiertag gegen das Gesetz erzwungen wurde. Den Kritikern gegenüber bekenne ich, daß wir neuen Parlamentarier den erfahrenen alten Abgeordneten, die die Kunst der Menschen- und Parteibehandlung klug und weise übten, großen Dank schulden. (Lebhafter Beifall.)

Die Demokratische Partei hat den unitarischen Ausbau des Reiches gefördert, in emsiger Arbeit unter Führung von Haußmann. Die berechtigten Eigentümlichkeiten der Einzelstaaten haben wir allerdings beachtet. Unsere Verfassung wird die freiheitlichste der Welt sein. Für die fünfjährige Legislaturperiode war die Erwägung maßgebend, daß die neue demokratische Partei sich Führer im Parlament heranbilden müsse.

Der Redner wandte sich sodann den Gründen zu, aus denen die Partei den

Friedensvertrag nicht unterschreiben

konnte. Weil eben der Friedensvertrag unerfüllbar war und gegen Gerechtigkeit und Sittlichkeit ging, konnte es die Partei nicht vereinbaren, weiter im Kabinett zu bleiben. Die Fraktion hat eine authentische Erklärung über den Grund ihres

Austrits aus der Koalitionsregierung

abgegeben. Herr Schiffer hat nichts anderes getan. (Widerspruch.) Sie verwechseln Grund und Folgen des Austritts. (Sehr richtig.) Ich kann erklären, daß die Partei ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie will, um ein freies Deutschland herbeizuführen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Daran wird nichts geändert, wenn wir eine Zeit lang nicht in der Regierung zusammen arbeiten.

Wir wollen die

Sozialisierung!

(Zuruf: Taten!) Wenn es mit dem Reden nur immer ginge! **Wenn es mit Schlagworten allein getan wäre!** (Lebhafte Zustimmung!) Die Partei, die den Reichspräsidenten, den Ministerpräsidenten stellt, die die Mehrheit in der Regierung hat, läßt es in der Sozialisierungsfrage an Klarheit und Festigkeit fehlen. (Zustimmung.) Sie ist keine zuverlässige Führerin einer sozialen Wirtschaftspolitik. Sie kokettiert mit den Radikaler wir hören ein Stammeln nach Wahrheiten, das nur verdeckt wird durch die alten Schlagworte des längst zusammengebrochenen Erfurter Programms. Mit dem bloßen Wort: „Es muß sozialisiert werden“, kann man wenig anfangen. (Sehr wahr!) Die Sozialdemokratie hat die Kriegswirtschaft, sie hat jetzt die Planwirtschaft des Herrn Wissell für Sozialismus erklärt. Sie schwankt hin und her. Ihr Verhalten in den Einzellandtagen und Kommunen gegenüber dem Parteisystem ist nicht Demokratie, ist das Gegenteil (Lebhafter Beifall), ist Klassenherrschaft des Proletariats. Wir haben nicht die demokratische Partei gegründet, damit wir aus der Klassenherrschaft der oberen in die der unteren verfallen! (Lebhafter Beifall.) Nach dem Ausscheiden aus der Regierung kann unsere Stellung klarer und entschiedener sein. Die Einwirkung auf die Koalitionsregierung verlieren wir nicht. Ohne die Unterstützung der Demokratie geht es auf die Dauer in Deutschland nicht. Es heißt, den geschichtlichen Moment klug und schweigsam abzuwarten, in dem man zu uns kommen wird mit der Frage, ob wir bereit sind, wieder in die Regierung einzutreten.
Dann werden wir die Berücksichtigung unserer Grundsätze verlangen. (Stürmischer Beifall.) Bei jeder wirklichen demokratischen Forderung, bei jeder wirklichen sozialpolitischen Maßnahme werden die Sozialdemokraten unsere Unterstützung haben. (Bravo!) Aber die klare Ausarbeitung unserer Gedanken und Ideen wollen wir uns nicht durch die Rücksicht auf die Koalitionsregierung beeinflussen lassen.

Die Mehrheitssozialdemokratie hält noch immer an ihrem Klassenstandpunkt fest, obwohl dieser in einem demokratischen Staate ein Ding der Unmöglichkeit und von ungeheurer Gefahr ist. Gegen die Unabhängigen und Kommunisten muß eine feste Grenze gezogen werden.

Die Sozialdemokraten sehen noch heute in jedem Unternehmer einen Schädling. Das ist nicht unser Standpunkt Der Unternehmer ist zum mindesten ein gleichberechtigter Träger der Wirtschaftsordnung. Er ist kein Räuber des Kapitalismus, sondern der Verwalter des Lebenselements, unserer Wirtschaft. Natürlich sind nicht alle Kapitalisten Engel und wir verdammen aufs schärfste alle Kriegsgewinner. Die Voraussetzung für jede Sozialpolitik ist ein ertragreiches Wirtschaften. Ohne Erträge ist eine Durchführung der Sozialpolitik unmöglich. In diesen fünf Jahren haben wir gelernt, daß der Trieb der Selbsterhaltung, der Egoismus, der stärkste ist. Das Interesse der Wirtschaftsträger erhält und treibt die Wirtschaft vorwärts. Alles was die Gesundheit dieser Wirtschaft untergraben will, müssen wir bekämpfen, so auch die Planwirtschaft des Herrn Wissell — aus sozialem Gewissen, weil wir die Arbeiterschaft und Angestellten besser in die Wirtschaft hineinstellen wollen, als bisher.

Das Erfurter Programm ist zusammengebrochen. Arbeiter und Angestellte sind nicht verelendet. Sie sind in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gut vorausgekommen. Es ist auch nicht wahr, daß der Mittelstand aufgerieben wird. Er ist eine Hauptsäule der Wirtschaft und des ganzen Staates.
Den unabhängigen Mittelstand dürfen wir niemals untergehen lassen. (Beifall.)

Neueste Nachrichten.

Der Generalstreik in Berlin.

Berlin, 21. Juli. Zu den heutigen Demonstrationen der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß sowohl die große Berliner, wie die Siemens-Bahn und die städtischen Straßenbahner von früh ab die Arbeit einstellten. Die Hoch- und Untergrundbahn werden sich dem Streik anschließen. Das kaufmännische Personal beteiligt sich nicht an dem Streik. Bei dem Fahrpersonal der Omnibusgesellschaft hat die bessere Einsicht gesiegt, der Verkehr auf den Omnibuslinien wird in gewohntem Maße durchgeführt. Der Stadtbahn-, Ringbahn- und Vorortbahnverkehr erleidet keine Störung, da die überwiegende Mehrzahl der Eisenbahner dem Gedanken an einen neuen Streik ablehnend gegenüber steht. Ebenso wird der Fernverkehr bei der Eisenbahn voll aufrecht erhalten. Die Arbeiter sogenannter lebenswichtiger Betriebe haben sich ebenfalls zur Streikparole bekannt. In den Elektrizitätswerken ruht der Betrieb vollständig. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke streiken ebenfalls. Die städtischen Wasserwerke hofft man mit Hilfe Arbeitswilliger in Betrieb zu halten. Wie sich die Arbeitslage in den Privatbetrieben gestalten wird, bleibt noch abzuwarten.

Kein Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 21. Juli Hier hat sich die Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gegen den Generalstreik am heutigen Tage ausgesprochen. Es wird daher in allen Betrieben gearbeitet. Auch der Straßenbahnverkehr ist völlig aufrechterhalten.

Frankreichs Ansprüche für den Wiederaufbau.

Genf, 21. Juli. (T. K.) Nach Meldungen aus Paris beansprucht Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs insgesamt 400 000 deutsche Arbeiter. Des weiteren verlangt Frankreich von Deutschland die Lieferung eines erheblichen Teiles der erforderlichen Baumaterialien, u. a. 5000 Quadratmeter Fensterglas.

Aus New York wird berichtet, daß die Vereinigten Staaten auf ihren Anteil des Schadenersatzes für die versenkten amerikanischen Handelsschiffe, der auf 1½ Milliarden veranschlagt worden ist, verzichten, dafür aber die in amerikanischen Häfen liegenden früheren deutschen Schiffe [illegible] erhalten wollen.

70 Wagenladungen Speck verschoben.

Amsterdam, 21. Juli. (T. K.) Die von den amerikanischen Militärbehörden in Koblenz eingeleitete Untersuchung über die gestohlenen Heeresbestände hat ergeben, daß in den letzten Monaten allein 70 Wagenladungen Speck in das unbesetzte Deutschland verschoben worden sind. Dieser Speck war an die französische Regierung verkauft worden und für die französische Bevölkerung bestimmt. Als der Speck geliefert werden sollte, stellte sich heraus, daß die Vorräte nicht mehr vorhanden waren.

Der Friedensvertrag für Oesterreich überreicht.

Paris, 21. Juli. Ger Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, überreichte dem österreichischen Staatskanzler Renner den vollständigen Text des Friedensvertrages für Österreich mit einem Brief des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, in welchem den Österreichern zehn Tage zur Einbringung von Gegenvorschlägen gewährt werden. — Aus St. Germain wird hierzu noch gemeldet: Dem am Sonntag den Österreichern überreichten Friedensvertrage lag ein Memorandum bei, das die geänderten und neu hinzu gekommenen Bestimmungen des Vertrages nach Nummern aufzählt und darauf aufmerksam macht, daß die vorgenommenen Änderungen zum Teil auf sinngemäßer Anwendung der Deutschland zugestandenen Modifikationen beruhen, zum Teil den Einwendungen der österreichischen Delegation Rechnung tragen. Eine zweite Beilage fordert Österreich auf zu der Verpflichtung, Einfuhr, Ausfuhr und Transitverkehr aller Waren zwischen Österreich und Ungarn zu verhindern, bis der Friedensvertrag zwischen Ungarn und den verbündeten Regierungen abgeschlossen sein wird. Nach den Grenzbestimmungen des heutigen Vertrages wird Südtirol bis zum Brenner italienisch werden. Deutsch-Westungarn wird zum größten Teile Österreich zugesprochen. Gegen die Tschecho-Slowakei verläuft die österreichische Grenze nicht am rechten March-Ufer, sondern mitten in diesem Flusse, so daß Deutsch-Österreich die Schiffahrt auf demselben ermöglicht wird.

Die Verteilung der Entschädigungssumme.

Lugano, 21. Juli. (T. K.) Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der Turiner „Stampa“ telegraphiert seinem Blatt, daß von der Entschädigungssumme, die die Mittelmächte an die Alliierten zu entrichten haben, [illegible] Italien 12 Prozent erhalten soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190722-14/fragment/page=0007
DFG